

Diskussionspapier

Forschungsgruppe
Naher/Mittlerer Osten und Afrika
Stiftung Wissenschaft und Politik
Deutsches Institut für Internationale
Politik und Sicherheit



Lutz Neumann

Öl und Gas am Golf von Guinea

Konsequenzen für die deutsche Afrika-
und Außenwirtschaftspolitik

Diskussionspapier der FG 6, 2003/04
Dezember 2003
Berlin

Diskussionspapiere sind Arbeiten im Feld der Forschungsgruppe, die nicht als SWP-Papiere herausgegeben werden. Dabei kann es sich um Vorstudien zu späteren SWP-Arbeiten handeln oder um Arbeiten, die anderswo veröffentlicht werden. Kritische Kommentare sind in jedem Fall willkommen.

Inhalt

SWP

Stiftung Wissenschaft und
Politik
Deutsches Institut für
Internationale Politik und
Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3-4
10719 Berlin
Telefon +49 30 880 07-0
Fax +49 30 880 07-100
www.swp-berlin.org
swp@swp-berlin.org

Lutz Neumann (*1974) Studium
in Dresden und London mit
Stipendium der Friedrich-Ebert-
Stiftung, seit Januar 2002 als
Länderreferent West- und
Zentralafrika beim
Außenwirtschaftsverband
Afrika-Verein, Hamburg.

Relevanz des Themas und Empfehlungen 3

Ausgangslage. Zentren der afrikanischen Öl- und Gasfunde 5

Die erdölproduzierenden Länder 5

Erdgaszentren 15

Afrikanisches Öl im weltweiten Erdölmarkt 16

Strategische Neubewertung der Region durch US-amerikanische Interessen 18

Der deutsche Privatsektor 21

Handelsvolumen Deutschlands mit der Region
21

Entwicklung deutscher Wirtschaftsinteressen
22

Konsequenzen für die deutsche Afrika- und Außenwirtschaftspolitik 24

Strategische Komponente 25

Diplomatische Komponente 29

Entwicklungspolitische Komponente 30

Kulturpolitische Komponente 32

Anhang 33

Zeitschriften, Jahrbücher und Zeitungen 33

Glossar 34

Bibliographie 35

Relevanz des Themas und Empfehlungen

Erdöl ist weltweit mit einem Anteil von knapp 40 % am Primärenergieverbrauch wichtigster Energieträger. Erdgas folgt mit 24 % nach Kohle an dritter Stelle. Studien der Internationalen Energie Agentur¹, des BP Statistical Review of World Energy² und auch die Untersuchung des BMWA „Reserven, Ressourcen und Verfügbarkeit von Energierohstoffen 2002“³ stellen die Bedeutung von Erdöl und Erdgas wissenschaftlich dar. Die Energieabhängigkeit Europas und Deutschlands bei den Energieträgern Öl und Gas ist hoch und wird u.a. durch das Abflauen der Produktion aus der Nordsee weiter ansteigen. Es lohnt sich also im Hinblick auf die Versorgungssicherheit, Bezugsquellen und Lieferbeziehungen von Regionen in der Welt zu analysieren, deren Potential noch nicht ausgeschöpft ist und die Rahmenbedingungen zur Erschließung dieser Ressourcen zu untersuchen.

West- und Zentralafrika besitzen einen enormen Reichtum an Rohstoffen. Im Weltmaßstab lassen sie sich bei einigen Ressourcen auf den vorderen Plätzen finden. Unter den Rohstoffen der Region sind neben den Energieträgern Vorkommen an Bauxit, Coltan, Diamanten, Gold, Mangan, Platin und Uran zu nennen. Sie sind zudem mit Exportprodukten des Agrarbereiches wie Kakao, Kaffee und Holz Entwicklungsmotoren der Volks- und Außenwirtschaften am Golf von Guinea.

Die Exploration und Produktion von Erdöl begann auf dem afrikanischen Kontinent im Jahr 1910 in Ägypten. Nennenswerte Produktionszahlen im Afrika südlich der Sahara wurden ab den 1970er Jahren erreicht. Nigeria ist als Hauptproduzent Schwarzafrikas Mitglied der OPEC und plant die Verdopplung seiner Produktion innerhalb des nächsten Jahrzehnts auf der heutigen Basis von rund zwei Millionen Barrel pro Tag.

Von der Côte d'Ivoire über Nigeria bis Angola reicht die Linie der Küstenländer, die im Rahmen dieser Untersuchung analysiert werden. Diese Region - Golf von Guinea⁴ - mit der Inselgruppe São Tomé und

Príncipe im Zentrum hat durch die Entdeckung und wirtschaftliche Erschließbarkeit neuer Vorkommen seit einigen Jahren international an Bedeutung gewonnen. In vielen Ländern läuft die Exploration jedoch erst richtig an.

Die Entwicklung wirft nicht nur wirtschaftliche Fragen auf. Der Golf von Guinea hat das Interesse der derzeitigen US-amerikanischen Regierung auf sich gezogen. Die USA haben sich mit teilweise massivem Einsatz gegen die ehemaligen Kolonialmächte in Afrika ins Spiel gebracht. So lösten sie die ehemalige Kolonialmacht Spanien im Zuge des Erdölbooms als wichtigster Handelspartner Äquatorialguineas ab. Die Frankophonie erlebt Einschnitte und zwar nicht nur in wirtschaftlicher Hinsicht. Heute werden unter amerikanischem Befehl afrikanische Sicherheitsorgane bilateral nicht ganz selbstlos ausgebildet. Hierbei stehen eigene Interessen im Vordergrund, die oft, aber nicht immer deckungsgleich mit denen der afrikanischen Staaten sind.

Wie der National Intelligence Council (USA) verlautbarte, sollen bis zum Jahr 2015 mindestens 25% der nordamerikanischen Importe aus dieser Region stammen - damit entfielen auf den Golf von Guinea ein größerer Anteil als auf den Persischen Golf: „West Africa is expected to be one of the fastest-growing sources of oil and gas for the American market.“⁵

Die wirtschaftlichen und politischen Interessen Deutschlands in West- und Zentralafrika sind im Vergleich zu anderen Industrienationen eher unbedeutend. Die Herausforderungen, die der Golf von Guinea dennoch an die deutsche Afrika- und Außenwirtschaftspolitik stellt, sind vielschichtig:

- **Staatensystem.** Das relative Gewicht der Staaten in der west- und zentralafrikanischen Subregion verändert sich, aber auch externe Akteure positionieren sich neu.
- **Ressourcennutzen.** Das Kapital, das durch die Öl- und Gasexploration in den Golf von Guinea fließt, bietet Chancen zur Entwicklung der afrikanischen Staaten und zur Überwindung ihrer marginalen Stellung in der Weltwirtschaft. Zugleich sind die

¹ *International Energy Agency* (Hg.), *World Energy Outlook 2002*, Paris 2002.

² BP Statistical Review of World Energy June 2003, <<http://www.bp.com/centres/energy>> (eingesehen am 05.08.2003).

³ *BMWA (Hg.)*, *Reserven, Ressourcen und Verfügbarkeit von Energierohstoffen 2002*, Dokumentation 519, Oktober 2002.

⁴ Golf von Guinea bestehend aus: Angola, Äquatorialguinea, Benin, Côte d'Ivoire, Gabun, Ghana, Kamerun, Republik Kongo (Brazzaville), DR Kongo (Kinshasa), Nigeria, São Tomé und Príncipe, Togo, Tschad wird auf Grund der Pipeline-Anbindung nach Kamerun als Anrainerstaat des Golfs von Guinea gerechnet.

nea, Benin, Côte d'Ivoire, Gabun, Ghana, Kamerun, Republik Kongo (Brazzaville), DR Kongo (Kinshasa), Nigeria, São Tomé und Príncipe, Togo, Tschad wird auf Grund der Pipeline-Anbindung nach Kamerun als Anrainerstaat des Golfs von Guinea gerechnet.

⁵ *Office of Vice President Richard Cheney* (Hg.), *National Energy Policy Report*, Washington: Government Printing Office (GPO), Mai 2001, S. 11.

meisten der Länder nicht mit adäquaten Strukturen ausgestattet, um dieser Herausforderung gerecht zu werden. Folgen reichen von verstärkter Korruption über organisierte Kriminalität in staatsfreien Räumen bis hin zur Verschärfung von Konflikten innerstaatlicher und zwischenstaatlicher Art.

- **Sozioökonomie.** Der Erdölreichtum hat bereits in der Vergangenheit Ölstaaten wie Nigeria und Angola die nachhaltige Entwicklung ihrer Volkswirtschaften vernachlässigen lassen. Auch wenn die Entwicklungen in der Regel durch geringe Partizipation der Bevölkerung gekennzeichnet sind, kann den negativen Folgen der Umwälzungen nachhaltig nur begegnet werden, indem Gegenmacht in der Zivilgesellschaft organisiert und verantwortlich eingebracht wird.
- **Versorgungssicherheit.** Eine Politik zur Minimierung der Risiken der Energieversorgung erfordert mehr, als die Privatwirtschaft bei der Erschließung neuer Quellen zu unterstützen. Aber eine diversifizierte Angebotsseite im Verbund mit einem nach marktwirtschaftlichen Prinzipien funktionierenden Energiemarkt sind wichtige Voraussetzungen.
- **Privatwirtschaft.** Erstens, der afrikanische Privatsektor erhält durch den Öl- und Gasboom eine Entwicklungschance und kann die Länder stabilisieren. Zweitens, eine Stärkung der deutschen Privatwirtschaft bei Geschäfts- und Investitionsmöglichkeiten vor Ort in Afrika erzielt nicht zuletzt Arbeitsplatzeffekte in Deutschland.

Als ein wesentlicher Faktor liegt den genannten Herausforderungen die verstärkte Erschließung der Öl- und Gasvorkommen zu Grunde. Der Öl- und Gassektor der Subregion am Golf von Guinea (West- und Zentralafrika) erfährt einen Boom und erfüllt die betroffenen Länder mit Dynamik. Ob davon ein generell wachsender Stellenwert des Golfs von Guinea abgeleitet werden kann, ist eine Leitfrage der folgenden Ausarbeitung.

Die Argumentationslinie spannt sich daher über die Analyse der Chancen und Risiken für I. Die Länder am Golf von Guinea und II. Die Deutsche Privatwirtschaft bis zu den III. Handlungsoptionen der Bundesregierung. Dabei erfolgt eine Fokussierung auf die Möglichkeiten des zielgerichteten Einsatzes des Instrumentariums der deutschen Außenwirtschaftsförderung.

Als Empfehlung wird eine Überprüfung der deutschen Afrika- und Außenwirtschaftspolitik für den Golf von Guinea angeregt und es werden neben den wirtschaftlichen auch die energie-, entwicklungs- und kulturpolitischen Implikationen aufgezeigt.

Ausgangslage. Zentren der afrikanischen Öl- und Gasfunde

Die erdölproduzierenden Länder

Afrika eignet sich wie kaum ein anderer Kontinent für gravierende Fehlprognosen. Phasen des Afrika-Optimismus oder -Pessimismus führen zu regelrechten Konjunkturzyklen. Diese Untersuchung ordnet sich nicht darin ein, da sie vorrangig gegenwärtige oder vergangene Ereignisse interpretiert und es primär um den Öl- und Gassektor der Region geht. Als Grundlage dient eine wirtschaftspolitische Analyse des Erdölmarktes am Golf von Guinea.

Zwei Hauptfragen werden dabei verfolgt:

- Wo liegen die Zentren der Öl- und Gasfunde?
- Wie gestalten sich die aktuellen Produktionszahlen in den afrikanischen Herkunftsländern vor dem Hintergrund der konkreten Ländersituation?

Brazzaville und Gabun mit rund 260.000 bzw. 247.000 b/d. Die anderen Staaten am Golf von Guinea produzieren zwar Volumina, die zunehmend ihre volkswirtschaftliche Entwicklung beeinflussen; international sind ihre Ölexporte jedoch nur in der Summe relevant.

Nigeria

Nigeria gehört seit den 1960er Jahren zu den traditionellen Erdölproduzenten in Afrika. Die Suche nach Öl begann im Niger-Delta Anfang des 20. Jahrhunderts, als die deutsche „Nigerian Bitumen Corporation“ im Jahr 1908 entlang der Küste Probebohrungen durchführte. Mit dem Ende des Ersten Weltkrieges endeten jedoch die Bemühungen dieser Firma. Die Kolonialmacht Großbritannien vergab die ersten Lizenzen zur Ölerkundung 1921 an D’Arcy Exploration Company und Whitehall Petroleum Company Ltd. Das erste kommerzielle Ölfeld (Oloibiri) der Region wurde 1956 von Shell in Rivers State entdeckt. Die Förderung von

Tabelle: Erdölproduktion am Golf von Guinea (in b/d)

Staat	2001	2002 <i>a</i>	2003 <i>b</i>	2004 <i>b</i>
Nigeria	2.083.000	1.945.000	2.058.000	2.283.000
Angola	740.000	898.000	*941.000	*1.082.000
Äquatorialguinea	198.000	265.000	305.000	335.000
Kongo (Brazza.)	273.000	260.000	235.000	211.000
Gabun	259.000	247.000	235.000	224.000
Kamerun	107.000	102.000	93.000	84.000
Kongo (Kinshasa)	**24.000	**27.000	**28.000	**29.000
Côte d’Ivoire	**12.000	**26.000	**30.000	**35.000
Tschad	0	0	Geringfügig	70.000
São Tomé und Príncipe	0	0	0	25.000 (ab 2006)

Quelle: Economist Intelligence Unit; Wood Mackenzie, West Africa Upstream Report, März 2002; **U.S. Department of Energy EIA, *a*: Schätzung; *b*: Prognose

Mit dem Blick auf die Erdölproduktion kann vorab festgestellt werden: Die großindustrielle Ölförderung im Golf von Guinea ist keine Vorhersage einer zukünftigen Entwicklung, sondern hat bereits eingesetzt.

Es gibt einen Hauptproduzenten, Nigeria, mit knapp zwei Millionen Barrel Ölproduktion pro Tag. Große Steigerungsraten weisen die an Position zwei und drei liegenden Länder Angola und Äquatorialguinea auf. In der Rangliste folgen dann Kongo-

Oloibiri setzte 1958 ein.⁶

Von 1958 bis 1971 war die Ölproduktion von 5.000 b/d auf 1.500.000 b/d gestiegen, der Anteil an den Exporten erhöhte sich von 1% (1958) auf 74% (1971). Es war eine Abhängigkeit vom internationalen Ölmarkt

⁶ Vgl. Sarah Ahmad *Khan*, Nigeria. The Political Economy of Oil, Oxford University Press, 1994 (Oxford Institute for Energy Studies, The Political Economy of Oil-Exporting Countries, 2), S. 5-37.

entstanden, die die nigerianische Regierung zum Beitritt zum Kartell der OPEC veranlaßte. Die Mitbestimmung von Produktionszahlen und Preisen des Hauptexportgutes in diesem internationalen Gremium sollte in der Folge die Härten des Marktes abmildern. Die einflußreiche Nigerian National Petroleum Corporation (NNPC) wurde im Mai 1971 im Vorfeld des Eintritts in die OPEC (Juli 1971) gegründet. Die OPEC Resolution XVI.90 aus dem Jahr 1968 sah vor, dass die Mitgliedsstaaten „actively in all aspects of oil operations“ sein und einen Anteil von 51% bei Ölfirmen mit ausländischer Kapitalbeteiligung haben sollten. NNPC ist die staatliche Ölfirma Nigerias und hat neben dem großen ökonomischen auch einen politischen Stellenwert im klientelistischen System des Landes.⁷

viele gut ausgebildete Nigerianer für internationale Ölkonzerne arbeiten.⁹

Der internationale Ölkonzern mit dem größten Gewicht in Nigeria ist zur Zeit Shell Petroleum Development Company (SPDC). SPDC unterhält mehr als 100 Ölfelder und steuert mit einer Kapazität von knapp 1 Mio. b/d die Hälfte des nigerianischen Produktionsvolumens bei. SPDC hat ein Pipelinennetz von rund 6000 km Länge, nicht zuletzt dadurch besitzt die Firma ein hohes Profil. SPDC war und ist Ziel von Sabotageakten an dieser Infrastruktur und sieht sich Anschuldigungen gegenüber, internationale Standards in ökologischen und sozialen Fragen zu unterlaufen.¹⁰ Von der hohen onshore-Präsenz wendet sich SPDC zunehmend der Entwicklung von Fördergebiete-

Tabelle: Die wichtigsten Abnehmer des nigerianischen Rohöls* (2001)

Rangfolge	Abnehmer	Barrel, in Millionen	Prozent
	Gesamt	683,3	100,0
1.	USA	266,8	39,0
2.	Indien	87,8	12,8
3.	Spanien	55,9	8,2
4.	Frankreich	46,8	6,8
5.	Brasilien	36,8	5,4
6.	Italien	25,0	3,7

Quelle: EIU, Country Profile Nigeria 2003; * Schätzungen

Anfang 1987 war Nigeria Gründungsmitglied der African Petroleum Producers' Association (APPA). Der Nigerianer und spätere Generalsekretär der OPEC, Dr. Rilwanu Lukman⁸, wurde zum Vorsitzenden gewählt und stand der Vereinigung aus Ägypten, Algerien, Angola, Benin, Gabun, Côte d'Ivoire, Kamerun und Libyen vor. Die APPA führt regelmässig Treffen durch, hat ein Sekretariat und meldet sich mit Plädoyers u.a. für innerafrikanische Kooperationen zu Wort. Es ist ein Anliegen von APPA und auch des nigerianischen Staates, lokale Firmen in die Exploration des afrikanischen Öls einzubeziehen. Die Expertise und die Substanz ist zumindest im Fall Nigerias vorhanden, da

ten in Flach- und Tiefgewässern zu. US-\$ 1 Mrd. werden allein in OML 79 (15 km offshore von Forcados, Wassertiefen von 10-30 m) investiert. Die Förderung begann 2003 und wird auf eine Kapazität von 120.000 b/d auszubauen sein.¹¹ Dies ist nur ein Beispiel von vielen Projekten, die Nigerias Position unter den Ölproduzenten am Golf von Guinea in den nächsten Jahren ausbauen wird. Als Hauptexporteur der Region ergibt sich für Nigeria bei den Lieferstrukturen folgendes Bild: Der Großteil der nigerianischen Ölexporte geht in die USA und nach Europa, wobei Asien steigende Anteile verzeichnet.

⁷ Vgl. William *Graf*, *The Nigerian State: Political Economy, State Class and Political System in the Post-Colonial Era*, London: James Currey, 1988.

⁸ Lukman ist heute Berater von Präsident Obasanjo in Energiefragen. Er war von 1995-2000 Generalsekretär der OPEC sowie als Erdölminister Nigerias von 1986-1989 Präsident der OPEC-Konferenz.

⁹ Vgl. Neil Alexander *Ford*, *Oil & Gas in the Gulf of Guinea*, Vol. 1 West Africa, London: CWC Publishing, 2002, S. 11.

¹⁰ Vgl. Eghosa E. *Osaghae*, *The Ogoni Uprising: Oil Politics, Minority Agitation and the Future of the Nigerian State*, in: *African Affairs* 94 (1995), S. 325-344.

¹¹ Zu diesem und weiteren Vorhaben: *CWC Publishing Limited* (Hg.), *Nigeria Oil and Gas. Plans, Projects and Investments*, Africa Oil and Gas Bulletin (AOGB), London 2002.

Am 19. April 2003 hat Nigeria in einer relativ freien und fairen Wahl einen neuen Präsidenten gewählt: Olusegun Obasanjo, den bisherigen Amtsinhaber. Trotz der zum Teil schweren Wahlfälschungen und Manipulationen ist das Bemerkenswerte an dieser Wahl, dass erstmals in der Geschichte Nigerias eine frei gewählte Regierung ihr Amt an eine Nachfolgerin übergab, die ebenfalls demokratisch legitimiert ist.

Die Wahrnehmungs- und Toleranzschwelle der internationalen Staatengemeinschaft bezüglich der Regierungspolitik Nigerias liegt vergleichsweise hoch. Der politische Werdegang Nigerias setzt die Rahmenbedingung für die Entwicklung der anderen Staaten in West- und Zentralafrika. Nigeria ist die dominierende Macht am Golf von Guinea. „Sollte Nigeria eine Wandlung vom schleichenden in den akuten Staatszerfall erfahren, dürfte eine Destabilisierung der gesamten Region Westafrikas drohen.“¹²

Auch in wirtschaftlicher Hinsicht nimmt Nigeria am Golf von Guinea eine Sonderstellung ein. Als einziges schwarzafrikanisches Mitglied der OPEC spielt es punktuell auf weltweiter Bühne eine Rolle. Gerade die Mitgliedschaft in der OPEC fokussiert das Interesse der USA in der Region auf Nigeria, da sich die beabsichtigte Ausweitung der US-amerikanischen Ölimporte aus der Region nicht mit der derzeitigen Förderquote Nigerias in der OPEC vereinbaren läßt. Nigeria ist sechstgrößter Ölproduzent der Welt und der fünftgrößte Versorger der USA mit Erdöl. Die Unzufriedenheit Nigerias mit der OPEC ist kein Geheimnis, ebenso wenig wie die Initiativen von Ölkonzernen und US-Regierung, einen Austritt Nigerias aus der OPEC zu unterstützen. Nigeria fühlt sich seinerseits mit der aktuellen Exportquote benachteiligt. Im Alltagsgeschäft kann zur Umgehung der Exportquote auf der weitverbreiteten Korruption aufgebaut werden: So gibt es zum einen nicht unerheblichen Schmuggel – schon 1996 wurde diese Art des illegalen Exportes aus Nigeria auf über 50.000 b/d geschätzt¹³ – zum anderen können Produkte der Ölindustrie unter Umgehung der Kriterien der OPEC-Exportquote aus dieser „herausdefiniert“ werden. Bei entsprechender diplomati-

scher Flankierung hat Nigeria zuletzt gegenüber der OPEC großes Selbstvertrauen gezeigt. Die arabisch dominierte OPEC ließe sich mit einem Austritt Nigerias schwächen. Die dahingehenden Bemühungen der Bush-Administration haben sich verstärkt. Ein wenig wurde die Situation durch den Irak-Krieg verändert, weil die Quotierung durch die OPEC ausgesetzt wurde. Nigeria produziert zur Zeit rund 2 Mio. Barrel/Tag. Bis 2010 soll die Kapazität auf voraussichtlich 4 Mio. Barrel/Tag steigen, wobei es von nigerianisch präsidentieller Seite auch ehrgeizigere Vorstellungen gibt. Die EIU schätzt, dass Nigeria im Jahr 2010 rund 40 Mrd. Barrel Erdölreserven haben wird. Damit ist Nigeria die stärkste Ölnation der Region und zieht Investitionen im Energiebereich an. Der Hegemonialstatus, z. B. in der ECOWAS, wird dadurch untermauert.¹⁴

Abgesehen von diesen strategischen Überlegungen gewann Nigeria aus eigener Kraft seit dem Amtsantritt des demokratisch gewählten Präsidenten Olusegun Obasanjo am 29. Mai 1999 international zunächst wieder das Interesse, das es in den achtziger Jahren schon einmal hatte. Dieses Interesse war zuvor angesichts einer Reihe von demokratisch nicht legitimierten Präsidenten und Militärmachthabern sowie der hohen Korruption und einer wenig konstanten Wirtschaftspolitik fast zur Bedeutungslosigkeit geschrumpft. Besonders die Amtszeit des letzten Militärmachthabers, Sani Abacha¹⁵, führte zu einer wachsenden Diskreditierung und internationalen Isolierung Nigerias, was unter anderem in einer Aussetzung der Commonwealth-Mitgliedschaft Nigerias, in Verweigerung von Krediten durch Weltbank und IWF und in Sanktionen durch die EU zum Ausdruck kam.

Diese Situation wandelte sich nach dem Amtsantritt Obasanjos. Der neue Präsident zeigte fast unmittelbar nach seinem Amtsantritt durch energische Maßnahmen, dass er Nigerias Zukunft auf neue politische und wirtschaftliche Grundlagen stellen will. Obasanjo entließ fast alle Spitzenbeamten, viele hohe Offiziere und verkleinerte gleichzeitig die Armee drastisch. Er besetzte Richter- und Verwaltungsstellen neu und ließ keinen Zweifel daran, dass er mit schärfsten Maßnahmen gegen jede Art von Korruption vorgehen

¹² Stefan *Mair*, Staatszerfall und Interventionismus: Determinanten grenzüberschreitender politischer Neuordnung in Afrika, unveröffentlichte Studie, Ebenhausen/Isartal: Stiftung Wissenschaft und Politik, Dezember 1999, S. 24.

¹³ Vgl. Claudine *Sigam*, Sub-Saharan Africa's Oil Sector. Situation, Developments and Prospects, unveröffentlichte Studie für UNCTAD, März 1997, S. 11.

¹⁴ Vgl. Stephen *Wright*/Julius Emeka *Okolo*, Nigeria: Aspirations of Regional Power, in: Stephen Wright (Hg.) African Foreign Policies, Boulder: Westview Press, 1999, S. 118-132.

¹⁵ Abacha regierte Nigeria von 1993 bis zu seinem Tod 1998. Er war der achte Militärdiktator seit der Unabhängigkeit Nigerias 1960.

würde. In West- und Zentralafrika heißt dies natürlich von vornherein, dass ein gewisser Parteiproporz bei derartigen Maßnahmen nicht zu verkennen ist. Obasanjo hob Verträge, Beförderungen und Privatisierungen auf, die sein Interims-Vorgänger zur Versorgung der Abacha-Anhänger noch schnell vor dem Regierungswechsel veranlasst hatte und begann bei der Central Bank of Nigeria (CBN) und anderen Geldinstituten im Inland erfolgreich nach veruntreuten Milliardenbeträgen forschen zu lassen.

Eine problematische Entwicklung besteht jedoch darin, dass die beiden höchsten gewählten Institutionen der jungen Demokratie Nigerias, das Parlament und der Präsident, im Verlauf des Jahres 2002 miteinander in Konflikt gerieten. Das Unterhaus des Parlaments leitete ein Amtsenthebungsverfahren gegen Präsident Obasanjo ein. Sachpolitik kann seitdem nur noch eingeschränkt betrieben werden. Es war einige Monate unklar, ob der Präsident die Legislaturperiode überstehen würde.

Der Präsident bemüht sich, die großen Spannungen im Lande, die durch unterschiedliche Religionen, Volksgruppen und wirtschaftliche Interessen bedingt sind, auszugleichen und zu mildern. Die Situation im ölreichen Niger-Delta spielt dabei eine wichtige Rolle.¹⁶ Die Erweiterung der islamischen Sharia-Rechtsprechung im Norden des Landes vom Zivilrecht auf das Strafrecht zwischen 1999 und 2001 bedeutete mit ihren Begleiterscheinungen wie Geschlechtertrennung in der Öffentlichkeit, mit den Steinigungsurteilen und Amputationen, die gegen Nigerias säkulare Bundesverfassung verstoßen, eine faktische Teilautonomie und eine Demonstration der Macht radikaler islamischer Volksgruppen. Nigerias Regierung hat dies nie wirklich wirksam unterbunden, was sich international negativ auf das Renommee und den Wirtschaftsstandort auswirkte. Allerdings taktiert Obasanjo, der seinerzeit als Oberkommandierender den Biafra-Krieg beendete, hier sehr behutsam, weil er die Schrecken eines Bürgerkrieges kennt. Ähnlich gemässigt ist Obasanjo in internationaler Hinsicht, wenn es um den wichtigen Aspekt der Grenzziehungen in Ölfördergebieten geht. Die bilateralen Beziehungen mit Nachbarländern wie Kamerun (Bakassi-Halbinsel) und Äquatorialguinea sowie dem Archipel

São Tomé und Príncipe haben sich weder radikalisiert noch sind sie militärisch eskaliert.

Durch hartes Durchgreifen gegen Kriminelle, durch Anerkennung berechtigter Forderungen nach Teilhabe am Ölreichtum der eigenen Region andererseits, durch Einsetzen einer gemischtreligiösen Ethikkommission zur Erarbeitung eines neuen gemeinsamen Staatsverständnisses versucht der Präsident, aus dem durch den Kolonialismus entstandenen verfeindeten Völkergemisch einen Staat Nigeria zu schaffen, der seine Energien nicht mehr auf Krieg und Machterhalt richten muß, sondern für Gesundheit, Bildung und Arbeit im Lande sorgen kann. Sollte zum jetzigen Zeitpunkt eine Bilanz gezogen werden, würde sie diesbezüglich dennoch eher negativ ausfallen.

Die wirtschaftliche Situation Nigerias hat sich seit dem Amtsantritt des neuen Präsidenten aber teilweise zum Positiven gewandelt. War unter seinen Vorgängern das reale Wachstum von Jahr zu Jahr gesunken, die Infrastruktur und die Ölförder- und Transportanlagen mehr und mehr verrottet, begann Obasanjo mit der Liberalisierung der Wirtschaft, um ausländische Investoren für Nigeria zu gewinnen. Der Investitionsschutz- und Fördervertrag vom 28. März 2000 mit der Bundesrepublik Deutschland ist ein deutlicher Beweis dafür.¹⁷ Es besteht ein großes Interesse an einer Intensivierung der Zusammenarbeit mit der deutschen Wirtschaft.

Diese Veränderungen und Umbrüche haben auch in Deutschland neues Interesse geweckt. Zwar bestanden in der Vergangenheit gute wirtschaftliche Beziehungen zu Nigeria, aber die deutsche Wirtschaft mußte in den 1980er Jahren nach dem Zusammenbrechen des Ölpreises und der damit verbundenen Wirtschaftsflaute in Nigeria mit ausbleibenden Zahlungen und dem Problem der „unmatched claims“ herbe Rückschläge hinnehmen. Dabei erlitten vor allem mittelständische Betriebe große Verluste. Der neue Aufbruch in Nigeria und der riesige Nachholbedarf nicht nur in der Erdölindustrie, sondern auf den Gebieten Infrastruktur, Kommunikation, Transportwesen, Bildung, Gesundheit, Landwirtschaft, Bergbau und Verarbeitung heimischer Rohstoffe bietet gerade auch deutschen mittelständischen Betrieben ein interessantes Feld wirtschaftlicher Betätigung bei Investitionen, Handel und Kooperation. Nigeria ist mit ca.

¹⁶ Vgl. Julius O. *Ihonvbere* / Timothy M. *Shaw*, Towards a Political Economy of Nigeria: Petroleum and Politics at the (Semi-)Periphery, Aldershot 1988; Ian *Gary* / Terry Lynn *Karl*, Bottom of the Barrel, Africa's Oil Boom and the Poor, Catholic Relief Services, Juni 2003, S. 25-28

¹⁷ Ratifikationsverfahren auf der deutschen Seite angehalten auf Grund von ungeklärten Altschadensfällen, vgl. *Auswärtiges Amt (Hg.)*, Wirtschaftspolitischer Jahresbericht Nigeria 2002, Berlin, September 2003, S. 11.

130 Millionen Einwohnern der größte zusammenhängende Binnenmarkt Afrikas bei einem jährlichen Bevölkerungswachstum von fast 3%.

Nigeria ist ein Wachstumsmarkt. In den deutsch-nigerianischen Handelsbeziehungen ergab sich von 1998 bis 2002 eine Erhöhung des bilateralen Außenhandelsvolumens von über 50 %.¹⁸

Angola

Das zweite große Zentrum der Ölproduktion ist **Angola**. Im nächsten Jahr 2004 kann damit gerechnet werden, dass die Schwelle von einer Million b/d erreicht sein wird. Bis 2008 soll die Erdölproduktion in Angola auf 1,8 Mio. b/d steigen und hätte damit fast den heutigen Stand von Nigeria erreicht.¹⁹ Sowohl der Handelsüberschuss im Milliardenbereich als auch die Wachstumsraten des BSP von 6-9 % zeigen einen Ölboom. Die Untersuchungen von Transparency International zeigen gleichwohl, dass die Korruption selbst im afrikanischen Vergleich überdurchschnittlich ist. Auch Überlegungen des „publish what you pay“ offenbaren in der Konfrontation mit der afrikanischen Geschäftsrealität ihre engen Grenzen. Konzerne wie Shell und BP haben zum Beispiel in Angola aus eigenem Antrieb eine transparente Unternehmenspolitik gefahren. Mit der Offenlegung eines im dreistelligen Millionenbereich ausgefallenen signature bonus an die angolansische Regierung im Jahr 2001 durch BP drohte für die Firma der Rauswurf. Ein einheitliches Vorgehen der Wirtschaftsgemeinschaft wäre in diesen Fragen eine utopische Wunschlösung. Zu good governance kann keine politische Administration eines Staates gezwungen werden.²⁰ Ca. 30 % der Erdöleinnahmen sind jährlich unverbucht und verschwinden in privaten Taschen. Bei signature bonuses trägt der Ölkonzern in der Regel das höhere Risiko der beiden Vertragspartner (Regierung und Konzern). Vorteile eines signature bonus für die Regierung, insbesondere in Hochstrisikoländern wie Angola, liegen auf der Hand. Die Summe wird bereits vor Produktionsaufnahme fällig und kann unmittelbar in den staatlichen oder privaten Konsum fließen. Das Risiko für die Re-

gierung besteht allein darin, dass die Ölvorkommen umfangreicher sind als erwartet und vertraglich festgelegt oder das ursprüngliche politische bzw. ökonomische Risiko für die Firma sich als geringer herausstellt und der signature bonus somit höher hätte veranschlagt werden müssen. In Ländern wie Angola ist diese Form des Entgelts für die Ressourcen beliebt, da es rasch für Liquidität sorgt. Man könnte die Faustformel aufstellen, dass je mehr und höher solche Vertragsmodalitäten mit Firmen gewollt sind, desto geringer das Vertrauen des Präsidenten oder der politischen Administration in ihre eigene Zukunft ist. Für den unternehmerischen Erfolg eines Engagements in der kapitalintensiven Ölexploration sind Kenntnisse über die Perspektiven der jeweiligen politischen Administration unerlässlich. Dieses Wissen kann über private oder staatliche Stellen erworben werden. Mit der Verstärkung der Regional Security Offices wie dem in Luanda stellen sich die USA auf die Länder ein.

Zu Zeiten des Kalten Krieges drängte die offizielle US-Außenpolitik auf Absetzung der als kommunistisch etikettierten MPLA-Regierung, unter anderem mit der Unterstützung der UNITA-Rebellen unter Jonas Savimbi. Gleichwohl waren bereits zu jener Zeit auch US-amerikanische Konzerne Teil der in Angola operierenden internationalen Ölwirtschaft. Ideologische Vorstellungen traten hinter den konkreten privatwirtschaftlichen Interessen zurück. So kam es zu dem Sachverhalt, dass die zum Schutze der MPLA entsandten kubanischen Truppen in Angola auch zum Schutz der US-amerikanischen Ölkonzerne eingesetzt wurden.²¹ Die Zweckehe zwischen MPLA und internationaler und US-amerikanischer Ölwirtschaft ist auf Petrodollars gegründet²² und entwickelte sich unabhängig von der US-Regierungspolitik. Somit liegt hier ein weiteres Beispiel vor, dass von einem monolithischen Block von Ölwirtschaft und Regierung grundsätzlich nicht ausgegangen werden kann, auch wenn Interessenüberschneidungen vorkommen können. Bereits im Jahr 2000 exportierte Angola 300.000 b/d (Gesamtproduktion 750.000 b/d im Jahr 2000) in die USA.²³ In

¹⁸ Von Euro 868,2 Mio. (1998) auf Euro 1.344,7 Mio. (2002).

¹⁹ Vgl. Vortrag von Alan *Soulsby* (Exploration Consultants Ltd.) „Trends and Outlook for Gulf of Guinea E&P“ bei der Konferenz „5th Annual Oil and Gas in the Gulf of Guinea“, 5. Juni 2003, Folie 20.

²⁰ Vgl. *Global Witness (Hg.)*, A Crude Awakening: the Role of Oil and Banking Industries in Angola's Civil War and the Plunder of State Assets, London 1999.

²¹ Ricardo Soares *De Oliveira*, Angola, in: Jürgen *Bel- lers*/Thorsten *Benner*/Ines M. *Gerke* (Hg.), Handbuch der Außenpolitik. Von Afghanistan bis Zypern, München/Wien: Oldenbourg Verlag, 2001, (=Lehr- und Handbücher der Politikwissenschaft), S. 700-701.

²² Vgl. Jakkie *Cilliers*/Christian *Dietrich* (Hg.), Angola's War Economy. The Role of Oil and Diamonds, Johannesburg: ISS, 2000.

²³ Vgl. *Office of Vice President Richard Cheney* (Hg.), National

Angola kam es ferner zu der erwähnenswerten Entwicklung, dass Ölvorkommen auch in einem von Staatszerfall, Bürgerkrieg und schlechter Regierungsführung geprägten Land zur Stabilisierung beitragen können. Während im Bürgerkrieg des letzten Jahrzehnts die Rebellenbewegung UNITA unter Savimbi maßgeblich auf Einkünfte durch Diamanten angewiesen war, konnte die MPLA-Regierung auf die höheren Einkünfte aus dem Ölgeschäft aufbauen.²⁴ Es lässt sich somit feststellen, dass das „Repressionspotenzial strategischer Ressourcen auch zum Siegfrieden führen“²⁵ kann.

Die Einnahmen aus der angolanischen Erdölproduktion werden zu über 60 % in der nördlichen Cabinda-Exklave generiert. Bestrebungen einer Sezession Cabindas fokussiert die Rebellenbewegung FLEC (Frente de Libertação do Enclave Cabinda) und fordert eine höhere Beteiligung an den Erdöleinnahmen. Cabinda bleibt daher bis auf weiteres ein Brennpunkt.

1996 auf den Weltmarkt kamen. Diesem Land wird bisweilen der Beiname „Kuwait“ zugesprochen. Konzerne aus den USA investierten seit 1996 rund US-\$ 5 Mrd., eine für westafrikanische Normalverhältnisse ungewöhnliche Summe. Die USA wurden der Haupt-handelspartner, von der Hauptstadt Malabo wurde eine Direktflugverbindung nach Texas (Houston Express-Charter) eingerichtet. Europäische Fluglinien sind in den Markt eingetreten oder stehen kurz davor. Die Ölproduktion stieg von weniger als 20.000 Barrel/Tag (1996) auf 265.000 Barrel/Tag (2002).

Die Staatsangelegenheiten sind Familiensache. Präsident Teodoro Obiang Nguema führt das Land seit der Ablösung seines Onkels. Zwei seiner Söhne sind Kabinettsmitglieder, von denen einer, Gabriel Nguema Lima, für das Erdölressort zuständig ist. Ähnlich verzweigt sind die verwandtschaftlichen Verhältnisse in den Sicherheitsorganen. Die hohen Steigerungsraten in der Rohölproduktion innerhalb geringer Zeiträume

Tabelle: Rohölproduktion Äquatorialguineas

	1998	1999	2000	2001	2002
Rohöl in b/d	85.300	103.100	117.900	197.500	265.000

Quelle: EIU, Equatorial Guinea Country Profile 2003; Schätzung für 2002

Angola ist eine klassische ölbasierte Rentenökonomie. Nach dem Tod von Jonas Savimbi wurde die Zersetzung der UNITA offenbar. Die Freiräume, die durch eine geringere Bedrohung der UNITA für die Zentralregierung entstehen, könnten zur Kontrolle über die Lage in Cabinda genutzt werden. Angola scheint vor einem längeren Frieden zu stehen, gesteigerte Ölfördermengen zeigen sich mittelfristig.

Äquatorialguinea

Die Wirtschaft Äquatorialguineas nahm einen unverhofften Aufschwung als Anfang der 1990er Jahre größere Öl- und Gasvorkommen entdeckt wurden und ab

lassen sich auf den politischen Willen und kurze Entscheidungswege in der politischen Administration Äquatorialguineas zurückführen. Legendär ist die rasche Entwicklung des im Oktober 1999 entdeckten deepwater Ceiba-Feldes und die Produktionsaufnahme im November 2000.²⁶

Je nach den Investitionen im Ölsektor und den damit einher gehenden Produktionsschüben gibt es große Unterschiede in den jährlichen Statistiken. So kam es 1997 zu einer Steigerung des BSP um 93 %. Die Durchschnittswerte von 1998-2002 weisen einen Wert von 29 % auf.²⁷ Die Einnahmen des Staates stiegen zwischen 1994 und 2000 um 1.200 %.²⁸ Es lässt sich

Energy Policy Report, Washington: Government Printing Office (GPO), Mai 2001, Kap. 8, S 11.

²⁴ Vgl. *Global Witness (Hg.)*, All the President's Men: The Devastating Story of Oil and Banking in Angola's Privatised War, London 2002.

²⁵ Matthias *Basedau*/Andreas *Mehler*, Strategische Ressourcen in Subsahara-Afrika. Konfliktpotenziale oder Friedensgrundlagen?, in: Internationale Politik 58 (März 2003) 3, S. 45.

²⁶ Vgl. Vortrag von Gabriel *Nguema Lima* (Secretary of State for Mines and Hydrocarbons, Äquatorialguinea) „Equatorial Guinea's Strategic Place in the Gulf of Guinea“ bei der Konferenz „5th Annual Oil and Gas in the Gulf of Guinea“, 5. Juni 2003, Folie 2.

²⁷ Zahlen nach Economist Intelligence Unit und eigene Berechnungen.

²⁸ Vgl. Neil Alexander *Ford*, Oil & Gas in the Gulf of Guinea, Vol. 2 Central Africa, London: CWC Publishing, 2002, S. 106.

also zweifellos nicht nur von einem Boom des Erdölsektors sprechen, sondern von einem Boom der gesamten Volkswirtschaft. Äquatorialguinea gehört zu den am stärksten wachsenden Volkswirtschaften der Welt. Im August 2001 erhielt Äquatorialguinea den Beobachterstatus bei der OPEC, was ein Ausdruck des erworbenen Stellenwertes als international relevanter Ölstaat ist.

Es gibt jedoch keinen Anlass zur Annahme, dass die Armutsbekämpfung oder Demokratie ähnliche Fortschritte machen.²⁹ Teodoro Obiang Nguema ist seit einem Putsch 1979 an der Macht und wurde im Dezember 2002 für weitere 7 Jahre im Amt bestätigt. Er erhielt dazu 97,1 % der Stimmen in der Präsidentschaftswahl.

entsprechend positiv auf das Wirtschaftswachstum aus. Sofern sie ausbleiben, sind Rückgänge des BIP im zweistelligen Prozentbereich zu verzeichnen. In den letzten Jahrzehnten setzten sich bis zu 90 % der Exporte aus Erdöl zusammen.

Der französische Konzern TOTAL (ehem. TotalFinaElf) dominiert traditionell den Ölsektor des Landes. 60 % der Produktion werden von ihm erzeugt.³⁰ Rund ein Viertel der Gesamtproduktion können Agip zugeordnet werden.

Brazzaville kann als Paradebeispiel für die spezielle Problematik in frankophonen Ölstaaten Afrikas gelten. Die französische Ölwirtschaft ist hier ein wichtiger Machtfaktor. Die engen Wechselbeziehungen des Führungspersonals von Elf Aquitaine und der franzö-

Tabelle: Rohölproduktion der Republik Kongo (Brazzaville)

	1997	1998	1999	2000	2001	2002
Rohöl in b/d	240.000	265.000	268.000	283.000	273.000	260.000

Quelle: EIU, Congo (Brazzaville) Country Profile 2003; Schätzung für 2002

Kongo (Brazzaville)

Das Staatswesen und die nationale Ökonomie ist im Fall der **Republik Kongo (Brazzaville)** auf Grund der einseitigen Konzentration auf die Erdölexploration für Krisen anfällig. Dieses Phänomen des *dutch disease* findet sich in den meisten Ölstaaten am Golf von Guinea. Wesentliche Erdölförderung in Kongo (Brazzaville)

sischen Afrikapolitik seit der Unabhängigkeit des Landes hatte ambivalente Entwicklungen zu Folge.³¹ Nicht zuletzt aus diesem Grunde wurde Elf im neuen Konzern Total mit TotalFina verschmolzen. Da sich aber gegen den Willen der Konzernleitung bis zum heutigen Tag kein kongolesischer Staatschef im Amt halten kann und dieses ein Aspekt der nationalen Wirtschaftsstruktur ist, kann von einer ambivalenten

Tabelle: Zusammensetzung der Exporte der Republik Kongo (Brazzaville)

	1997 in CFAfr Mrd.	1998 in CFAfr Mrd.
Rohöl	763,3	707,0
Tropenholz	29,8	57,6
Zucker	8,7	6,0
Gesamt (inkl. nicht aufgeführter Exporte)	966,7	807,0

Quelle: EIU, Congo (Brazzaville) Country Profile 2003

le) gibt es seit 1957. Die leicht rückläufigen Produktionszahlen der letzten Jahre lagen im Jahr 2002 bei rund 260.000 b/d.

Öl-Booms und hohe Weltmarktpreise wirken sich

²⁹ Zu dem Aspekt Demokratiedefizit im Zusammenhang mit Ölvorkommen siehe Michael *Ross*, Does Oil Hinder Democracy?, in: World Politics 53 (April 2001), S. 325-361.

³⁰ Vgl. Neil Alexander *Ford*, Oil & Gas in the Gulf of Guinea, Vol. 2 Central Africa, London: CWC Publishing, 2002, S. 40-42.

³¹ Vgl. Douglas A. *Yates*, Die Elf-Skandale: Eine Fallstudie von Elementen französischer Außenpolitik unter dem Ancien Regime, in: Rolf *Hofmeier*/Cord *Jakobeit* (Hg.): Afrika-Jahrbuch 1999, Opladen: Leske + Budrich, 2000, S. 73-84.

Rolle des Ressourcenreichtums gesprochen werden. Mitte der 1990er Jahre wurde die Rivalität von Denis Sassou-Nguesso und Pascal Lissouba im Ringen um die Macht in Brazzaville durch den Wettbewerb der französischen und amerikanischen Erdölkonzerne um Konzessionen und eine dominante Marktposition unterfüttert. Sassou-Nguesso konnte sich im Bürgerkrieg 1997 mit seinem Partner Elf Aquitaine durchsetzen und wieder Präsident werden. Gleichwohl bedurfte es hierzu auch handfester externer militärischer Unterstützung umliegender Staaten (Angola, Ruanda, Tschad). Dieser Konflikt trat unter anderem deswegen auf, weil den wahren Machtverhältnissen nicht Rechnung getragen wurde. Präsident Pascal Lissouba beispielsweise verlieh nach seinem demokratisch legitimierten Regierungsantritt 1992 der US-amerikanischen Ölwirtschaft Konzessionen (OELs und OMLs), die unter Sassou-Nguesso der französischen Ölindustrie im Land vorbehalten waren. Paris exponierte sich in der Folge dieses Umschwungs und vor dem Hintergrund des Eingriffs in seinen *pré carré francophone* stark zu Ungunsten des Präsidenten, bis es im April 1994 praktisch gezwungen wurde, auf die allzu offene Vertretung der Interessen von Elf Aquitaine aus der französischen Botschaft in Brazzaville mit dem Abzug des Botschafters André zu reagieren. Die Begleitmusik des Milizkrieges und der Machtübernahme von Sassou-Nguesso von 1997 ist daher von der damaligen französischen Afrikapolitik und dem Ressourcenreichtum des Landes geprägt.³²

Die Bedeutung ausländischer Entwicklungshilfegelder ist relativ gering. Der niedrige Stand der Entwicklungshilfe liegt zum einen an der grundsätzlich guten Einnahmesituation des Landes durch die Erdölproduktion, zum anderen an den wenig kontrollierten Ausgaben sowie der mangelnden Seriosität der Wirtschafts- und Finanzpolitik.

In den letzten Jahren wurde zwar auch unter Sassou-Nguesso diversifiziert, und US-amerikanische Explorationsunternehmen traten in den Markt ein. Frankreich ist aber immer noch der dominierende Player. Schon im Afrique Equatoriale Française (AEF) besaß der Moyen-Congo als Vorgänger der heutigen Republik Kongo eine zentrale Rolle als Verwaltungszentrum mit dem Sitz des Generalgouverneurs. Infra-

struktur und zentrale Lage ließen das Land zur Transitregion für den AEF-Handel zu Kolonialzeiten werden. Dies prägt bis zum heutigen Tage. Der Tiefseehafen der Stadt Pointe-Noire ist der wichtigste Überseehafen Zentralafrikas und hat diese Position seit dem Beginn der Ausbauarbeiten 1999 untermauert. Dadurch kann das Engagement internationaler Konzerne im Energiereich Kongos stimuliert werden. Die politische Instabilität hat sich nicht negativ auf die Fördermengen des Erdöls ausgewirkt.

Gabun

Der Höhepunkt des Erdölbooms in **Gabun** dürfte in der Vergangenheit liegen. Aus der OPEC trat Gabun 1996 aus, nachdem es keinen angemessenen Nutzen mehr in der Mitgliedschaft erkannte und die Mitgliedsbeiträge nicht mehr entrichtete. Ein allzu starkes Abfallen der Produktionszahlen ist jedoch vorerst nicht mehr zu erwarten, da auch marginale Ölfelder neu vergeben wurden und sich vor allem kleinere Explorationsfirmen weiterhin um den Markt bemühen.³³ Feststellbar ist ein Wechsel von der onshore zur offshore Produktion. Elf Gabon³⁴ hat sich mit dem Akori Ölfeld und Olonga Marin seit 2000 der deepwater Exploration zugewandt und fördert sogar aus Wassertiefen ab 2500 Meter. Eine Stabilisierung der Ölförderzahlen in Gabun wird daher wesentlich von der Höhe des Ölpreises auf dem Weltmarkt abhängen.

Die Schwierigkeit für nicht-französische Unternehmen im Ölsektor, aber auch in den Nachfolgegeschäften, Fuß zu fassen, sind offenkundig. „Der älteste und stabilste dieser afrikanischen Rentierstaaten, Gabun, [Kongo (Brazzaville), Kamerun, Tschad] wo sich Omar Bongo 34 Jahre lang mit der Unterstützung des französischen Erdölkonzerns an der Macht hielt, ist vielleicht der extremste Fall dieses Phänomens.“³⁵ Der gabunesische Präsident setzt sich gleichwohl für eine Diversifizierung auf der Explorationsseite ein und ist innerhalb der APPA aktiver Verfechter der Promotion afrikanischen Unternehmertums in der Ölbranche.

Gabun ist vom Öl geprägt: 80 % der Exporte, 60 % der offiziellen Staatseinnahmen und 40 % des BSP werden aus der Ölproduktion generiert.³⁶ Auf dem

³² Vgl. Lutz *Neumann*, Kongo (Brazzaville), in: Jürgen *Bellers*/Thorsten *Benner*/Ines M. *Gerke* (Hg.), Handbuch der Außenpolitik. Von Afghanistan bis Zypern, München/Wien: Oldenbourg Verlag, 2001, (=Lehr- und Handbücher der Politikwissenschaft), S. 603-605.

³³ Teilweise werden daher für Gabun wieder steigende Produktionszahlen prognostiziert, vgl. Rezki *Lounas*/Garry *Brennand*, Oil Outlook to 2020, Wien: OPEC Review, Juni 2002, S. 98.

³⁴ Seit 18.09.2003 Total Gabon.

³⁵ *Yates*, Elf-Skandale, S. 83.

³⁶ Vgl. Neil Alexander *Ford*, Oil & Gas in the Gulf of Gui-

Barometer für Lebensqualität, dem Human Development Index der Vereinten Nationen, bringt es das Land jedoch nur auf Platz 109. Das "Paradox of Plenty"³⁷ lässt sich nicht nur in Gabun feststellen. Da sich die Ölkurve wieder neigt, kann an Gabun in Zukunft beobachtet werden, wie sich ein Ölstaat am Golf von Guinea mit sinkender Produktion und sinkenden Einnahmen arrangiert.³⁸

Ausgewählte kleinere Ölförderländer

Ein Staat wie die Côte d'Ivoire reiht sich ebenfalls in die Liste der Erdölproduzenten ein, mit 35.000 b/d ist die Produktion zwar für die nationale Volkswirtschaft von Bedeutung, weltwirtschaftlich jedoch nicht. Ein Bürgerkrieg seit September 2002, Dysfunktionen des Staatsapparates und punktuelle Eingriffe der politischen Administration, wenn es an konkrete Fragen der Machtsicherung geht, sind im Ölsektor bestimmende Faktoren. Die Elfenbeinküste ist eine Ausnahme in der Hinsicht, dass es hier bislang keine royalties gibt. Die Raten der royalties liegen im Golf von Guinea üblicherweise zwischen 10-16 % und können flat rates oder relativ sein. Letzteres gibt es zum Beispiel im Fall von Äquatorialguinea, wo sie je nach Produktionsvolumen berechnet werden, im Fall von Gabun sind sie relativ zur Wassertiefe des off-shore geförderten Erdöls.³⁹ Royalties haben für den Staat mit Ölbesitz den Vorteil, frühzeitig Einnahmen verbuchen zu können. Je nach Ausprägung der Wirtschaftspolitik versuchen die Staaten am Golf von Guinea, für Investitionen der Erdölindustrie attraktiv zu sein, gleichzeitig aber das Maximum an Profit für sich zu verbuchen. Es herrscht also eine Diversität in der Standortpolitik.

In den meisten der am Golf von Guinea liegenden Staaten ist es seit Beginn der Unabhängigkeit die Determinante der Wirtschaftspolitik und Außenwirtschaftspolitik, das klientelistische Pfründesystem des

jeweiligen Staatschefs und seiner Entourage zu unterhalten. Der Neopatrimonialismus ist in allen dargestellten Ländern der bestimmende Faktor. Durch die Ummünzung der natürlichen Ressourcen wird persönliche, familiäre und ethnische Loyalität gestaltet. Internationale Entwicklungshilfe kann ebenfalls diese Funktion übernehmen, so verstand es zum Beispiel Mobutu (Zaire, heute DR Kongo) in den 1970er und 1980er Jahren außerordentlich gut, Interessenkonflikte des Kalten Krieges zu instrumentalisieren und sich die Unterstützung westlicher Geberländer zu sichern, als sich kleptokratische Verhältnisse in seiner Diktatur bereits festgefressen hatten. Da die Rahmenbedingungen für die Entwicklung des Landes aber sehr personenzentriert sind und die DR Kongo hier als Pars pro toto stehen mag, kann sich die Situation durch Regierungswechsel rascher als in entwickelten Industrieländern ändern. Mit der Übernahme des Präsidentenamtes durch den Sohn des ermordeten Laurent Desiré Kabila ist das seit 2001 der Fall. Die gesamtwirtschaftliche Entwicklung nimmt einen generellen Aufschwung. Das Vertrauen der Geberländer wird von Joseph Kabila sukzessive erarbeitet. Die Außenwirtschaft des Landes hat an Dynamik zurückgewonnen. Einzelne Sektoren, wie die Erdölexploration, ziehen Aufmerksamkeit auf sich und stärken die Exportseite der Außenhandels zunehmend. Im Jahr 2002 betrug das durchschnittliche Produktionsvolumen 28.000 b/d.⁴⁰ Ein internationales Konsortium unter der Führung von ChevronTexaco hat für die nächsten Jahre die Erhöhung der Erdölproduktion auf 37.000 b/d angekündigt. An Reserven sollen 1,538 Mrd. Barrel vorhanden sein.⁴¹ Es herrscht eine Aufbruchsstimmung in den Landesteilen, die unter Kontrolle der Kabila-Regierung stehen. Nach fast zehn Jahren wird für 2003 wieder ein positives Wirtschaftswachstum prognostiziert. Die Bretton-Woods-Institutionen haben hierauf frühzeitig mit Umschuldung und Schuldenerlassen reagiert.

Präsident Mobutu war das geschichtliche Beispiel zum Missbrauch von Entwicklungshilfe, da er verstand, die politischen Rahmenbedingungen im Kalten Krieg flexibel zu nutzen. Die Unterstützung der angolanischen UNITA (União Nacional para a Independência Total de Angola) mit Waffen- und Materialtransfers und der Bereitstellung von Militärbasen sicherte u.a.

nea, Vol. 2 Central Africa, London: CWC Publishing, 2002, S. 141.

³⁷ Vgl. Terry Lynn *Karl*, The Paradox of Plenty: Oil Booms and Petro-States, Berkeley: University of California Press 1997.

³⁸ Vgl. Douglas A. *Yates*, The Rentier State in Africa: Oil-Rent Dependency and Neocolonialism in the Republic of Gabon, Trenton 1996.

³⁹ Vgl. Vortrag von Alex *Kemp* (Professor, University of Aberdeen) „The Investment Climate and Trends in Petroleum Contracts with Special Reference to the Gulf of Guinea“ bei der Konferenz „5th Annual Oil and Gas in the Gulf of Guinea“, 5. Juni 2003, Folie 24.

⁴⁰ nach EIA, U.S. Department of Energy.

⁴¹ Stand 2002

<<http://www.cia.gov/cia/publications/factbook/rankorder/2178rank.html>> (eingesehen am 27.09.2003).

die Unterstützung der USA. Im Zuge dessen sah auch die internationale Gebergemeinschaft mit Weltbank und IWF sein Regime lange Zeit über Gebühr positiv. Die Parallelen zum Kalten Krieg, als strategische Interessen die Zuwiderhandlungen afrikanischer Regierungen gegen „good governance“ hintanstehen ließen, drängen sich in der heutigen Zeit auf, wenn die größeren Ölstaaten am Golf von Guinea betrachtet werden.

Der Golf von Guinea ist ein Standort für internationale Projekte. In die Tschad-Kamerun-Pipeline werden zur Zeit US-\$ 4 Mrd. unter der Führung von ExxonMobil (40%), Petronas (35%), ChevronTexaco (25%) und der Weltbank investiert. Es ist das größte Investitionsvorhaben Subsahara-Afrikas. Im Juli 2003 wurde mit der Befüllung der Pipeline begonnen, die volle Einsatzfähigkeit wird 2004 hergestellt sein. Bis zu 250.000 b/d Erdöl werden dann pro Tag an den Hochseehafen Kribi (Kamerun) transportiert werden. Die damit verbundene Ausbeutung der Doba-Ölfelder wird die Wirtschaft des **Tschad** strukturell verändern.

Die Prognosen für den Tschad können auf der Basis der gegenwärtigen Lage der Fakten und der jüngeren Geschichte noch nicht positiv ausfallen. Frankreich und Libyen stehen sich mittlerweile bereits traditionell in dem Bestreben gegenüber, Einfluß bei den jeweiligen Führungen der Bürgerkriegsparteien zu erlangen. Die Interessen des libyschen Staatschefs Gadaffi sind offenkundig, Tschad in seiner Afrikapolitik zu instrumentalisieren. Weder Frankreich noch Libyen kann unterstellt werden, dass es bei ihren Aktivitäten im Tschad in erster Linie um den Aufbau eines funktionierenden Staatswesens geht. Die formale Staatlichkeit ist lediglich auf Landkarten verzeichnet, hierin besteht aber kein wesentlicher Unterschied zu einigen umliegenden Staaten West- und Zentralafrikas.

Tschad befindet sich in einem fortgeschrittenen Stadium des Staatszerfalls. In den Jahren des Bürgerkrieges haben sich in der Schattenwirtschaft Tschads entsprechende Netzwerke herausgebildet. An ein Wirtschaften mit Privilegien und staatlicher Abwesenheit sind sie über Jahre gewöhnt worden. Die Erdölförderung führt in neue Dimensionen und bedeutet das Zusammentreffen mit neuen Gesetzen und internationalen Standards, zum Beispiel in dem internationalen Komitee, das die Transparenz und nachhaltige Nutzung der Öleinnahmen sicher stellen soll. Das Ergebnis dieses Zusammentreffens wird vom interessierten Beobachter mit Spannung erwartet. Der Wunsch nach Aufstellung des Komitees und zum Bei-

spiel nach der Verabschiedung des Gesetzes zur arbeitsorientierten Nutzung der Öleinnahmen aus dem Januar 1999 ist nicht von innen heraus entstanden, sondern entsprach im Wesentlichen den Vorstellungen von NROs und dem Konsortium mit der Weltbank. Die Erschließung und betriebswirtschaftliche Förderung der tschadischen Erdölvorkommen war auf die Hilfe der Weltbank angewiesen. Dabei wurde die Beteiligung der Weltbank nicht so sehr auf Grund ihrer Beteiligung mit direkten Krediten am Investitionsvolumen für das Firmenkonsortium wichtig, sondern weil sich durch die Involvierung der Weltbank politische Risiken des Vorhabens und damit die Kosten für die restlichen Kredite verminderten. In Ländern, die diese Assistenz nicht nötig haben, gibt es keine Komitees oder Gesetze dieser Art. Der Tschad hat international an Bedeutung gewonnen, und die Pipeline trägt in jedem Fall zum wirtschaftlichen Wachstum bei, selbst wenn sich die Krisenanfälligkeit durch den Ressourcenreichtum verstärken sollte. Auch eine Stabilisierung könnte in gewisser Hinsicht eintreten. Investitionen in Höhe von US-\$ 4 Mrd. dürften bei einer Verschärfung der Situation im Tschad und seinem Staatenumfeld nicht so leicht abgeschrieben werden. Das Interesse der USA und der in dem Konsortium beteiligten Firmen wird über die private Gewährleistung von Sicherheit aller Wahrscheinlichkeit nach hinausgehen.⁴² Der Ölreichtum und die Pipeline mit dem Anschluss an den Golf von Guinea bedeuten für den Sahelstaat eine Chance, sich aus seinem Elend zu erheben.⁴³ Der IWF prognostiziert ein Wachstum des BSP für das Jahr 2003 von 11,2 %, 2004 sogar 42,4 % und ab dem Jahr 2005 abflauend auf eine Wachstumszahl von jährlich rund 4 %.

In den Territorialgewässern von **São Tomé und Príncipe** werden größere Mengen Erdöl vermutet, nach derzeitigen Schätzungen etwa 4 Mrd. Barrel.⁴⁴ Als kleines Archipel ist São Tomé und Príncipe vor große Herausforderungen gestellt. Die Fragen auf der

⁴² Zur Dienstleistung der privaten Sicherheit in Afrika: Kevin A. **O'Brien**, Private Military Companies and African Security 1990-98, in: Abdel-Fatau **Musah**/J. 'Kayode **Fayemi** (Hg.), Mercenaries. An African Security Dilemma, London: Pluto Press, 2000, S. 43-75.

⁴³ Vgl. Neil Alexander **Ford**, Oil & Gas in the Gulf of Guinea, Vol. 2 Central Africa, London: CWC Publishing, 2002, S. 59-75.

⁴⁴ DeutschlandRadio, Hintergrund Wirtschaft vom 31.08.2003, Die neuen Ölstaaten in Afrika. Schwarzes Gold in tiefer See, <<http://www.dradio.de/cgi-bin/es/neuhintergrundw/265.html>> (eingesehen am 02.09.2003).

Tagesordnung betreffen sowohl den Umbau der Volkswirtschaft und des Staatsapparates im Hinblick auf die Ölexploration, als auch die Wahrnehmung der Interessen des Landes und seiner Bevölkerung vor den internationalen Ölkonzernen, die sich um den Markt bemühen, sowie gegenüber Regierungen interessierter Staaten, angefangen mit Nigeria bis hin zu den USA.⁴⁵

Ab dem Jahr 2006 soll die Ölproduktion mit 25.000 b/d beginnen und bis 2009 120.000 b/d erreichen.⁴⁶ Nigeria ist an den Öleinnahmen in der Joint Develop-

nachlässigt. Der wichtigste Grund dürfte die aufwändige Infrastruktur für Aufbereitung und Transport sein. Da der Transport über weite Strecken weitaus kostenintensiver als beim Öl ist, wird Gas vor allem auf regionalen Märkten gehandelt. Abgesehen von dem Pipelinetransport forcieren die technologischen Entwicklungen für LNG und GTL einen Ausbau des Gassektors am Golf von Guinea.

Mit 11 Trillionen m³ lassen sich die Reserven auf dem afrikanischen Kontinent auch im Weltmaßstab

Tabelle: Erdölproduktion am Golf von Guinea 2005-2030 (in b/d)

Staat	2005	2010	2015	2030
Gesamt Afrika	9.936.000	12.059.000	13.975.000	16.242.000
Nigeria	2.719.000	3.042.000	3.729.000	4.422.000
Angola	1.098.000	2.026.000	2.549.000	3.288.000
Äquatorialguinea	313.000	466.000	653.000	724.000
Kongo (Brazzaville)	285.000	300.000	314.000	327.000
Gabun	303.000	291.000	279.000	269.000
Côte d'Ivoire	43.000	71.000	83.000	94.000
Kamerun	84.000	72.000	66.000	61.000
Kongo (Kinshasa)	30.000	33.000	30.000	25.000
Ghana	11.000	16.000	20.000	23.000

Quelle: EIA, U.S. Department of Energy. Die Prognosen sind unter bestimmten Prämissen (Lagerhaltung, Weltmarktpreis des Öls, politische Voraussetzungen etc.) gemacht worden, so dass sie teilweise sehr hypothetisch sind. Nicht beinhaltet sind zukünftige Erdölproduzenten wie São Tomé und Príncipe und Tschad. Die aufgeführten Produktionszahlen verdeutlichen daher in erster Linie den in dieser Studie herausgearbeiteten Trend.

ment Zone (JDZ) mit 60 % gegenüber São Tomé und Príncipe mit 40 % mehrheitlich beteiligt. Die JDZ regelt die Ölausbeutung in ursprünglich umstrittenen Territorialgewässern mit Nigeria und besitzt seit Januar 2002 eine Geschäftsstelle in Abuja (Nigeria).

Weitergehende Prognosen für die Erdölproduktion im Golf von Guinea der kommenden Jahre sind sehr labil. Dennoch sei an dieser Stelle auf die Prognosen einer renommierten Fachstelle hingewiesen:

Erdgaszentren

Mit den Ölfunden gehen Gasfunde einher. Dieser Energieträger wurde bislang am Golf von Guinea ver-

sehen (155 Trillionen m³).⁴⁷ Von den rund 4 Trillionen m³ Erdgasreserven und somit nur 2,5 % der Weltreserven, die auf den Golf von Guinea entfallen, ist der Anteil der produktiven Nutzung bislang gering.

Die Erdgasreserven Nigerias sind nach Angaben der EIA die neunt größten in der Welt mit einer Größenordnung von 3,4 Trillionen m³.⁴⁸ Weitere Staaten der Region befinden sich in der weltweiten Rangliste ab Platz fünfzig abwärts. DR Kongo (105 Mrd. m³), Angola (79 Mrd. m³), Äquatorialguinea (69 Mrd. m³) und Gabun (66 Mrd. m³) sind die wesentlichsten.⁴⁹

⁴⁷ Vgl. BP Statistical Review of World Energy June 2003, <<http://www.bp.com/centres/energy>> (download am 05.08.2003).

⁴⁸ *Energy Information Administration* (Hg.), *International Energy Outlook 2003*, (=Office of Integrated Analysis and Forecasting, U.S. Department of Energy), Washington: Government Printing Office, 2003, S. 49.

⁴⁹ Stand 2002
<<http://www.cia.gov/cia/publications/factbook/rankorder/2>

⁴⁵ Vgl. Jędrzej George *Frynas* / Geoffrey *Wood* / Ricardo Soares *De Oliveira*, Business and Politics in São Tomé e Príncipe: From Cocoa Monoculture to Petro-State, in: *African Affairs* 102 (2003), S. 51-80.

⁴⁶ EIU, Country Profile São Tomé and Príncipe 2003.

Zur Zeit kommt nur Nigeria Relevanz in diesem Sektor zu. Im Jahr 1995 begann Shell (SPDC) mit dem Aufbau von LNG-Produktionskapazitäten (Gasverflüssigung) in Nigeria und investierte nach eigenen Angaben US-\$ 1 Mrd. Eigenkapital. Das LNG wird größtenteils auf den europäischen Markt transportiert. Die massiven Erweiterungen der LNG-Anlagen in Nigeria stehen im Zusammenhang mit dem Ende des Gasabfackelns (gas flaring) ab 2006. Diese Praxis führte in den letzten Jahrzehnten zu großer Umweltbelastung und der Verschwendung der Gasressourcen.

Im Zusammenhang des großen Kapitalbedarfs für Gasverflüssigungsanlagen und Tankerflotte lässt sich beobachten, dass Konsortialführer meist ihre Finanzierungen über die staatliche Export-Import Bank der USA, das britische ECGD (Export Credits Guarantee Department) oder das italienische SACE (Istituto per i Servizi Assicurativi del Commercio Estero) gegen politische und wirtschaftliche Risiken absichern können. Geschäftsbanken mit Sitz in Deutschland sind in syndizierten Krediten in den genannten Ländern beteiligt, ohne jedoch auf ein adäquates Engagement des deutschen Pendant zurückgreifen zu können. Auch die deutsche Zulieferindustrie wickelt oftmals ohne Hermes-Deckungen ihre Geschäfte, die durchaus pro-

dem nachhaltigen Interesse des Privatsektors fand sich im August 1998 ein Konsortium unter Chevron und leitete konkrete Schritte zur Realisierung ein. Mit einem Kostenaufwand von US-\$ 500 Mio. ist die rund 1000 km lange Pipeline von Nigeria nach Côte d'Ivoire eine größere Investition. Ghana wird mit 85 % der Hauptabnehmer des von der Pipeline transportierten Gases sein. Es wird damit gerechnet, dass mit dem Projekt 80.000 Arbeitsplätze geschaffen und Nebeninvestitionen in Höhe von Euro 2 Mrd. generiert werden.⁵⁰

Am Golf von Guinea werden zu den Erdgasländern der Zukunft in erster Linie Angola und Äquatorialguinea zählen. An dem Angola LNG-Projekt mit mehreren Milliarden US-\$ sind SONANGOL, ChevronTexaco, BP, ExxonMobil und TOTAL beteiligt. In Äquatorialguinea hat sich BP für 17 Jahre als Großabnehmer (4,7 Millionen m³) von LNG verpflichtet. Ab 2007 sollen in Äquatorialguinea weitere LNG-Produktionskapazitäten in Betrieb genommen werden. Die Wirtschafts- und Lieferbeziehungen im Gassektor werden also in diesen Jahren gestaltet.

Tabelle: Erdöllieferungen Westafrikas in die wichtigsten Verbraucherregionen (2002)

Rangfolge	Importregion	Aus Westafrika (in 1.000 b/d)
1.	Nordamerika*	1137
2.	Asien/Pazifik*	767
3.	Europa	708
4.	Mittel- und Südamerika	199
5.	China	191

Quelle: BP Statistical Review of World Energy, Juni 2003; Nordamerika* bedeutet USA und Kanada; Asien* bedeutet ohne Australasien, Japan und China.

jektbezogen im unteren zweistelligen Millionenbereich liegen können, per Akkreditiv oder in bar ab.

Das Erdgaszeitalter steht dem Golf von Guinea erst noch bevor. Als Meilenstein auf dem Weg dahin gilt in Westafrika das „West African Gas Pipeline Project (WAGP)“.

Dieses Projekt ist schon vor gut zwei Jahrzehnten angedacht worden. Im Jahr 1982 legte die ECOWAS einen Plan zum Bau einer Pipeline für die Deckung des Energiebedarfes in Westafrika vor. Aber erst mit

Afrikanisches Öl im weltweiten Erdölmarkt

Der 11. September 2001 hinterlässt in vielen Politik- und Wirtschaftsbereichen seine Spuren. Der „Kampf gegen den Terrorismus“, der Sturz des Taliban-Regimes und der Feldzug gegen den Irak sind nur einige der Etappen. Subsahara-Afrika bleibt dabei vom

⁵⁰ Hierzu weiterführend Neil Alexander *Ford*, Oil & Gas in the Gulf of Guinea, Vol. 1 West Africa, London: CWC Publishing, 2002, S. 47-59.

[179rank.html](#)> (eingesehen am 27.09.2003).

medialen Scheinwerferlicht unberührt, sofern man von Teilen Ostafrikas und dem Golf von Aden mit dem Einsatz der Flottenverbände einmal absieht.

Prinzipiell scheint das der strategischen und wirtschaftlichen Bedeutung des schwarzen Kontinents zu entsprechen. Es zeichnet sich jedoch eine Veränderung der Rahmenbedingungen ab. Die Vereinigten Staaten haben auch hier die Position des Schrittmachers übernommen. Afrika südlich der Sahara spielt für die USA eine immer größere Rolle – als Erdöllieferant.

Der Stellenwert des afrikanischen Erdöls auf dem Weltmarkt ist mit rund 10 % Handelsanteil gering. Mit Aufmerksamkeit sind jedoch bilaterale Handelszahlen und Lieferstrukturen aus Afrika zu beobachten. Nordamerika, mit Kanada und den USA, ist bereits heute mit Abstand zu Asien und Europa der wichtigste Absatzmarkt des westafrikanischen Öls. Ein Ausbau dieser Lieferverhältnisse ist erklärte Politik der USA.

sitz von Vizepräsident Cheney einen National Energy Policy Report⁵² erstellt. Als ein wesentlicher Bestandteil befanden sich hier die Erdölimporte auf dem Prüfstand, da sie die außenpolitischen Interessen der USA vor allem in der Krisenregion des Mittleren Ostens mitbestimmen. Der Nahe und Mittlere Osten kommen auf ca. 65 % der Weltreserven, bezogen auf die nachgewiesenen Gesamtvorkommen. Die weltweiten Erdölreserven werden zur Zeit auf rund 1050 Mrd. Barrel veranschlagt.⁵³ Auf Afrika entfallen 7,4 %. Am Golf von Guinea sollen zur Zeit geschätzt über 60 Mrd. Barrel⁵⁴ liegen.

Die Dominanz der nicht-afrikanischen langfristigen Reserven ist in absoluten Zahlen unbestreitbar, betrachtet man jedoch die aktuellen Produktions- und Handelszahlen bezogen auf die USA, ergibt sich ein anderes Bild. Die USA verbrauchen 25 % der weltweiten Erdölproduktion, rund die Hälfte davon wird importiert. In der Rangfolge stammen die Einfuhren aus

Tabelle: Weltweite Erdölreserven (2002)

	Reserven in Mrd. Barrel	Anteil in %	R/P Jahre
Mittlerer Osten	685,6	65,4	92,0
Lateinamerika	98,6	9,4	42,0
Europa/GUS	97,5	9,3	17,0
Afrika	77,4	7,4	27,3
Nordamerika	49,9	4,8	10,3
Welt	1047,7	100	40,6

Quelle: BP Statistical Review of World Energy, Juni 2003

Als eine der Folgen der Anschläge in den USA gingen diese daran, ihre Handlungsfreiheit in der Sicherheits- und Außenpolitik zu erweitern. Die nationale Energiepolitik wurde auf ihre Risiken unter dem Gesichtspunkt der Angebotsseite untersucht. Bereits im Mai 2001 hatte eine Kommission⁵¹ unter dem Vor-

Kanada, Venezuela, Saudi-Arabien und Mexiko. An fünfter Stelle liegt Nigeria.

⁵¹ National Energy Policy Development Group, Mitglieder: Richard Cheney (Vice President), Colin S. Powell (Secretary of State), Paul O'Neill (Secretary of the Treasury), Gale Norton (Secretary of the Interior), Ann M. Veneman (Secretary of Agriculture), Donald I. Evans (Secretary of Commerce), Norman Y. Mineta (Secretary of Transportation), Spencer Abraham (Secretary of Energy), Joe M. Allbaugh (Director of the Federal Emergency Management Agency), Christine Todd Whitman (Administrator of the Environmental Protection Agency), Joshua B. Bolton (Assistant to the President and Deputy Chief of Staff for Policy),

Mitchelle E. Daniels (Director of the Office of Management and Budget), Lawrence B. Lindsey (Assistant to the President for Economic Policy), Ruben Barrales (Deputy Assistant to the President and Director of Intergovernmental Affairs).

⁵² Vgl. *Office of Vice President Richard Cheney* (Hg.), National Energy Policy Report, Washington: Government Printing Office (GPO), Mai 2001.

⁵³ Vgl. BP Statistical Review of World Energy June 2003, <<http://www.bp.com/centres/energy>> (eingesehen am 05.08.2003), S. 4.

⁵⁴ Allein Nigeria wird mit 63 Mrd. Barrel veranschlagt in: *International Energy Agency* (Hg.), World Energy Outlook 2002, Paris 2002, S. 97

Tabelle: Herkunft der US-amerikanischen Rohölimporte 2001

Rangfolge	Lieferant	b/d	Prozent
	Gesamt	13.061.000	100,0
1.	Kanada	1.878.000	14,4
2.	Venezuela	1.722.000	13,2
3.	Saudi Arabien	1.620.000	12,4
4.	Mexiko	1.323.000	10,1
5.	Nigeria	1.106.000	8,5
6.	Irak	753.000	5,8
7.	Norwegen	433.000	3,3
8.	Großbritannien	429.000	3,3
9.	Angola	401.000	3,1
10.	Kolumbien	379.000	2,9
11.	Algerien	290.000	2,2
13.	Kuwait	241.000	1,8
14.	Gabun	210.000	1,6

Quelle: ITA, U.S. Department of Commerce

Nimmt man jetzt die bilateralen Handelszahlen des Ölgeschäftes genauer in Augenschein, so führt das zu der interessanten Erkenntnis, dass die USA 16 % ihrer Ölimporte aus Afrika erhalten.⁵⁵ Der Anteil des westafrikanische Öls liegt in der Höhe des Importanteils von Saudi-Arabien.⁵⁶

Strategische Neubewertung der Region durch US-amerikanische Interessen

Dieses Beispiel, neben anderen, ließ den vom Vizeprä-

⁵⁵ Im Jahr 2002 lag der Anteil der Ölimporte aus Afrika bei 15,3 %, mit einer jährlichen Wachstumsrate von 1,6 %: Tom *Callahan* (Policy Planning Department, US-Außenministerium) in einem Redebeitrag, in: *Schutz*, Barry/*Winbey*, Paul Michael (Hg.), *African Oil: A Priority for U.S. National Security and African Development*, unveröffentlichtes Transkript eines Symposiums vom 25. Januar 2002, Washington: The Institute for Advanced Strategic and Political Studies, Research Papers in Strategy 14, Mai 2002, S. 29-30.

⁵⁶ Vgl. *African Oil Policy Initiative Group* (Hg.), *African Oil: A Priority for U.S. National Security and African Development*, unveröffentlichtes Papier, Washington: The Institute for Advanced Strategic and Political Studies, Januar 2002, S. 4.

sidenten Cheney am 16. Mai 2001 veröffentlichten National Energy Policy Report feststellen, dass Westafrika „one of the fastest growing sources of oil and gas for the American market“⁵⁷ sei. An Präsident Bush gab der vielbeachtete Bericht die Empfehlung ab, besonders mit Nigeria eine verstärkte Zusammenarbeit zu suchen, „to improve the climate for U.S. oil and gas trade, investment, and operations and to advance our shared energy interests.“⁵⁸

Als Präsidentschaftskandidat und in den ersten Monaten seiner Amtszeit⁵⁹ vertrat George W. Bush die Meinung, dass Afrika und seine Konflikte abseits der nationalen strategischen Interessen der USA lägen. In der Regel entgegnete er auf Fragen zum Stellenwert Afrikas in seiner Politik: „There’s got to be priorities“ und traf eine - im Sinne seiner Politik - als gut anerkannte Personalentscheidung mit Walter Kansteiner III., der im US-Außenministerium die Zuständigkeit für die US-Politik gegenüber Afrika erhielt und in der Bush-Administration die größte Afrika-Kompetenz hat.

⁵⁷ *Office of Vice President Richard Cheney* (Hg.), *National Energy Policy Report*, Washington: Government Printing Office (GPO), Mai 2001, Kap. 8, S 11.

⁵⁸ *Cheney*, *National Energy Policy*, Kap. 8, S 11.

⁵⁹ 43. Präsident der USA seit 20. Januar 2001.

In dem Bemühen, die Abhängigkeit von den Ölvorkommen im Mittleren Osten zu verringern, erschließen sich für die Bush-Administration unter anderem mit den Vorkommen in Teilen West- und Zentralafrikas neue Möglichkeiten. Viele dieser Länder sind eben-

Promotion von nicht-fossilen Energieträgern zu nennen. Dem steht bei den USA eine primär angebotsorientierte Politikauffassung gegenüber. Zwischen den Jahren 1992 und 2002 hat sich der Ölverbrauch in den USA um eine Zahl erhöht, die etwa dem bundesdeut-

Tabelle: Ölverbrauch der acht führenden Industriestaaten, G-8 (in b/d)

Staat	1992	2002
Deutschland	2.849.000	2.709.000
Frankreich	2.011.000	1.967.000
Großbritannien	1.775.000	1.675.000
Italien	1.950.000	1.943.000
Japan	5.521.000	5.337.000
Kanada	1.703.000	1.988.000
Russische Föderation	4.494.000	2.469.000
USA	17.033.000	19.708.000

Quelle: BP Statistical Review of World Energy, Juni 2003, S. 9.

falls überdurchschnittlich gut mit mineralischen Rohstoffen ausgestattet, die auf Grund ihrer Qualität und Quantität teilweise strategische Relevanz besitzen.⁶⁰ *Walter Kansteiner III., Unterstaatssekretär für Afrika, US-Außenministerium, Januar 2002:* „African oil is of national strategic interest to us, and it will increase and become more important as we go forward. It will be people like you who are going to develop that resource, bring that oil home, and try to develop the African countries as you do it.“⁶¹

Der Vergleich der Entwicklung des Ölverbrauchs der acht führenden Industriestaaten über die letzten zehn Jahre zeigt deutlich, dass bis auf die nordamerikanischen Staaten, USA und Kanada, in allen anderen Staaten der Ölverbrauch zurückgefahren wurde. Insbesondere im Falle Deutschlands, den restlichen aufgeführten EU-Staaten und Japan ist diese Entwicklung auf eine nachfrageorientierte Politik zurückzuführen. In erster Linie sind Energiesparmaßnahmen und die

schen Gesamtjahresverbrauch (2002) entspricht. Im Gegensatz zu den anderen Industriestaaten reicht es den USA nicht, aktuelle Lieferbeziehungen aufrecht zu erhalten und lediglich versiegende durch neue zu ersetzen. Die USA kommen bei der Fortschreibung ihrer angebotsorientierten Politik nicht umhin, stärker als die restlichen G-8-Staaten das Ölangebot auf dem Weltmarkt zu entwickeln. The National Security Strategy of the USA, September 2002: „Enhance energy security . We will strengthen our own energy security ... by working with our allies ... to expand the sources and types of global energy supplied, especially in the Western Hemisphere, Africa, Central Asia, and the Caspian Region.“⁶²

Es scheint, dass sich eine neue strategische Politik der USA in Bezug auf Afrika herauschält. Dahingehende Umstrukturierungen des weltweiten Erdölmarktes lassen sich bereits seit Ende der 1990er Jahre erkennen.

Mit dieser Schwerpunktverlagerung ist auch eine politische Absicht verbunden: Eine Verminderung des Einflusses der Golf-OPEC-Staaten.⁶³ Die Steuerung der Weltmarktpreise für Öl erhöht die internationale

⁶⁰ Vgl. Oye *Ogunbadejo*, The International Politics of Africa's Strategic Minerals, Westport: Greenwood Press, 1985.

⁶¹ Walter *Kansteiner III.* in einem Redebeitrag zur anwesenden US-Ölindustrie, zitiert nach Barry *Schutz*/ Paul Michael *Wihbey* (Hg.), African Oil: A Priority for U.S. National Security and African Development, unveröffentlichtes Transkript eines Symposiums vom 25. Januar 2002, Washington: The Institute for Advanced Strategic and Political Studies, Research Papers in Strategy 14, Mai 2002, S. 11.

⁶² *The White House (Hg.)*, The National Security Strategy of the United States of America, Washington: Government Printing Office (GPO), September 2002, S. 19-20.

⁶³ Mitgliedsstaaten der OPEC 2003: Algerien, Indonesien, Irak, Iran, Katar, Kuwait, Libyen, Nigeria, Saudi-Arabien, Venezuela und Vereinigte Arabische Emirate (VAE).

Bedeutung der in der OPEC zusammengeschlossenen Staaten. Öl kann als „politische Waffe“ dienen. In den Golf-von-Guinea-Anrainerstaaten gegenüber São Tomé und Príncipe ist eine derartige Entwicklung und eine politische Instrumentalisierung auf absehbare Zeit nicht denkbar.

„Africa has provided us with an excellent array of diverse oil exporters. Political discord or disputes in African oil states are unlikely to take on a regional or ideological tone that would result in a joint embargo by several suppliers once. Much of West Africa’s oil is offshore, thereby insulated from domestic political or social turmoil and can be delivered via open sea lanes devoid of canals or narrow straits.“⁶⁴

Vor diesem Hintergrund sprechen zwei politische Gründe für das afrikanische Öl: Erstens, die USA können davon ausgehen, nicht den politischen Feind reich zu machen. Zweitens, ein Großteil der Erdölreserven wird off-shore abgebaut, sodass die Firmen und Förderquoten weniger unter politischer Instabilität oder dem Widerstand der örtlichen Bevölkerung zu leiden haben.⁶⁵

Ob Westafrika damit „Amerikas neue Tankstelle“ ist, wie die Financial Times Deutschland Ende Februar 2003 titelte, mag dahingestellt sein. Westafrika ist zumindest eine Tankstelle, an der man in Washington nicht vorbeifährt.

Konservative Think Tanks und Politiker regten an, den Golf von Guinea zur „area of vital interest“ für die USA zu erklären.⁶⁶ Das waren Vorschläge, die auf unvermutetes Wohlwollen der Entscheidungsträger trafen. São Tomés Präsident wurde am Rande der VN-Vollversammlung Mitte September 2002 von Präsident Bush in New York empfangen. Für gewöhnlich muss sich sein Staat bei einem Zusammentreffen mit US-Regierungsmitgliedern mit der Ebene von Staatssekre-

tären begnügen. São Tomé und Príncipe besitzt jedoch nach jüngsten Schätzungen nicht nur mehrere Milliarden Barrel Erdölreserven, sondern ist ein im Golf von Guinea militärpolitisch zentral gelegenes Archipel. Es liegt strategisch vergleichsweise noch günstiger als Diego Garcia im indischen Ozean. Dieser Stützpunkt bietet logistische Unterstützung für die Aktivitäten im Mittleren Osten. São Tomé und Príncipe befindet sich nur wenige hundert Kilometer von den wichtigsten Erdölfeldern West- und Zentralafrikas entfernt. Mit der kürzlich erweiterten Relaisstation der „Voice of America“ werden weite Teile Afrikas abgedeckt. Anfang 2002 wurde die Einrichtung einer militärischen Kommandostruktur der US-Streitkräfte für den Golf von Guinea ähnlich der von den U.S. Forces Korea sowie die Einrichtung von „forward military presence and facilities“ auf São Tomé ins Gespräch gebracht.⁶⁷ Ein handfestes Engagement in Form eines Marinestützpunktes vor Ort würde jedoch eine Eigendynamik entwickeln, die ebenfalls zu bedenken ist: „You have to build the damned thing, and then, God knows, you have to protect it. But if you believe that this [Golf von Guinea] is an area of enhanced strategic importance, and I do, then the U.S. must adopt a new level of relationship with the region. If you see that fifteen per cent of our oil comes from this area, and this could soon be thirty per cent, then x plus y makes z. It doesn’t take a genius to work that out.“⁶⁸ Wie wichtig der Golf von Guinea zu werden scheint, offenbarte sich, als der Präsident São Tomés außerdem zusammen mit den Chefs 10 weiterer afrikanischer Staaten bei der VN-Vollversammlung im September 2002 zu einem Frühstück mit dem Präsidenten geladen wurde. Unter ihnen fanden sich Äquatorialguinea, DR Kongo (Kinshasa), Republik Kongo (Brazzaville), Kamerun, Zentralafrikanische Republik, Tschad und Gabun – eine Auslese der Partner im Ölgeschäft. Dies wäre prinzipiell nur eine kleine Meldung wert, aufhorchen lässt jedoch die Summe dieser kleinen Meldungen.⁶⁹

⁶⁴ Robert *Murphy* (Bureau of Intelligence, US-Außenministerium) in einem Redebeitrag, in: Barry *Schutz*/ Paul Michael *Wihbey* (Hg.), *African Oil: A Priority for U.S. National Security and African Development*, unveröffentlichtes Transkript eines Symposiums vom 25. Januar 2002, Washington: The Institute for Advanced Strategic and Political Studies, Research Papers in Strategy 14, Mai 2002, S. 29.

⁶⁵ Vgl. Stephen *Ellis*, Briefing: West Africa and its Oil, in: *African Affairs* 102 (Januar 2003) 406, S. 135-138.

⁶⁶ Vgl. *African Oil Policy Initiative Group* (Hg.), *African Oil: A Priority for U.S. National Security and African Development*, unveröffentlichtes Papier, Washington: The Institute for Advanced Strategic and Political Studies, Januar 2002, insbesondere Seiten 15-18.

⁶⁷ Vgl. *African Oil Policy Initiative Group* (Hg.), *African Oil: A Priority for U.S. National Security and African Development*, unveröffentlichtes Papier, Washington: The Institute for Advanced Strategic and Political Studies, Januar 2002, S. 17-18.

⁶⁸ US-Botschafter für São Tomé und Príncipe, Kenneth Moorefield, zitiert nach Jon Lee *Anderson*, *Our New Best Friend. Who Needs Saudi Arabia when you’ve got São Tomé?*, in: *The New Yorker*, 7.10.2002, S. 78-79.

⁶⁹ Vgl. Jean-Christophe *Servant*, *Une priorité géostratégique*

Als US-amerikanischer Botschafter für Gabun und São Tomé und Príncipe wurde im April 2002 der Texaner Kenneth Moorefield eingesetzt. Sein Werdegang zeigt ihn als Graduierten der Militärakademie West Point mit einer 30-jährigen Karriere im militärischen und auswärtigen Dienst der USA. Eine solche Personalpolitik erscheint nicht primär entwicklungspolitisch ausgerichtet zu sein.⁷⁰

Die Reisekalender von Vertretern der politischen und militärischen Administration der USA spiegeln das wachsende Interesse am Golf von Guinea wieder. Hochrangige Repräsentanten wie Kansteiner und Powell besuchen Erdölländer, die noch keinen ihrer Amtsvorgänger gesehen hatten. Anfang Juli 2003 reiste Präsident Bush in die Region und besuchte Nigeria.

Der National Intelligence Council (USA) trat mit der Prognose an die Öffentlichkeit, dass „although West Africa will play an increasing role in global energy markets, providing 25 percent of North American oil imports in 2015, the pattern of oil wealth fostering corruption rather than economic development will continue.“⁷¹

Das Anstreben einer Importquote von 25 % aus dem Golf von Guinea für Nordamerika bis 2015 erklärt das Vorgehen der USA auch auf anderen Politikfeldern in der Region und impliziert wesentliche Veränderungen in der Situation der betroffenen afrikanischen Länder.

Sollte sich die Politikauffassung bei der derzeitigen oder einer zukünftigen US-Administration dahingehend verändern, dass statt einer angebotsorientierten Energiepolitik Anstrengungen zur Energieeffizienz und Sparmaßnahmen auf der Nachfrageseite gemacht werden, würde die Dependenz von importiertem Erdöl und Erdgas sinken. Dies ist vorerst nicht zu erwarten.⁷² Die Aspekte einer energiepolitischen Wende

que. Offensive sur l'or noir africain, in: *Le Monde Diplomatique* (Januar 2003), S. 19-20.

⁷⁰ Die Anzahl der Militärattachés an US-Botschaften in Afrika hat sich seit 1999 verdoppelt. Karen Kwiatkowski (Office of African Affairs DOD) in einem Redebeitrag, in: *Schutz, Barry/Wihbey, Paul Michael* (Hg.), *African Oil: A Priority for U.S. National Security and African Development*, unveröffentlichtes Transkript eines Symposiums vom 25. Januar 2002, Washington: The Institute for Advanced Strategic and Political Studies, Research Papers in Strategy 14, Mai 2002, S. 28.

⁷¹ <http://www.cia.gov/nic/pubs/index.htm> (eingesehen am 24.10.2002).

⁷² Vgl. Cutler J. *Cleveland*/Robert K. *Kaufmann*, *Oil Supply and Oil Politics: Déjà Vu all over again*, in: *Energy Policy* 31 (2003), S. 488.

können in diesem Zusammenhang also vernachlässigt werden und sind daher an dieser Stelle nicht das Thema.⁷³

Selbst bei nur teilweiser Umsetzung der skizzierten angebotsorientierten US-Politik und bei der Einbeziehung potentieller Eskalation afrikanischer Krisen, lässt sich ein Boom im Golf von Guinea für die Gegenwart feststellen und auch für die nächsten Jahre prognostizieren. Dieser Boom erstreckt sich auf den Erdölbereich und wird unter Einbeziehung der Gasproduktion zu einem Boom des Energiesektors. Die betroffenen afrikanischen Volkswirtschaften werden strukturell verändert.

Der deutsche Privatsektor

Handelsvolumen Deutschlands mit der Region

Im deutsch-afrikanischen Außenhandel⁷⁴ des Jahres 2002 stellten sich die deutschen Exporte mit Euro 12,2 Mrd., die deutschen Importe mit Euro 10,7 Mrd. dar. Es muss die einfache Schlussfolgerung gezogen werden, dass Afrika in Bezug auf den gesamten deutschen Außenhandel mit einem Anteil von rund 2 % marginal ist. Von diesen geringen 2 % entfallen zudem nur knapp 20 % auf die Region West- und Zentralafrika.⁷⁵

Das Öl des subsaharischen Afrikas ist ebenfalls für Deutschland gegenwärtig von relativ geringer Bedeutung. Die ersten drei Hauptlieferanten Russland, Norwegen und Großbritannien decken über 60 % der Rohölimporte ab. Nach dem Maghreb folgt Nigeria erst an achter Stelle mit 2,7 %. Abgesehen von Angola (1,1 %) liegen weitere Staaten der Region unter einem Prozent. Kommen zu der Übersicht über die Rohölimporte noch die Erdgasimporte hinzu, marginalisiert sich der Stellenwert Subsahara-Afrikas weiter.

Prinzipiell scheinen diese Prozentzahlen der strategischen und wirtschaftlichen Bedeutung des schwarzen Kontinents zu entsprechen. Durch die Schrittmacherposition der Vereinigten Staaten im Energiebe-

⁷³ Vgl. zu diesen Aspekten: *Global Challenges Network* (Hg.), *Ölwechsel! Das Ende des Erdölzeitalters und die Weichenstellung für die Zukunft*, München 2002; Colin J. *Campbell*, *The End of Cheap Oil*, Genf 1998; Dennis *Meadows et al.*, *Die Grenzen des Wachstums*, Bericht des Club of Rome zur Lage der Menschheit, Stuttgart 1972.

⁷⁴ Gesamtafrika, d. h. Sub-Sahara und Nordafrika.

⁷⁵ Vgl. Anhang des Tätigkeitsberichtes des Afrika-Vereins 2002; Statistisches Bundesamt und eigene Berechnungen.

reich der Region Westafrika zeichnet sich jedoch eine Veränderung der Rahmenbedingungen ab. „Auch Industrieländer, die nicht unmittelbar im Erdölgeschäft engagiert sind, sollten solche globalen Interessenverschiebungen genau verfolgen.“⁷⁶

im z. B. nördlichen Afrika tätig sind, beabsichtigen vorerst nicht, sich an den Golf von Guinea zu begeben. Gleiches gilt für die österreichische OMV, die als führender Erdöl- und Erdgaskonzern in Mittel- und Osteuropa seit bald dreißig Jahren ein wichtiges Stand-

Tabelle: Rohölimporte nach Deutschland 2002

Rangfolge	Lieferant	in Millionen Barrel	Prozent
	Gesamt	767,8	100
1.	GUS	260,3	33,9
2.	Norwegen	163,1	21,2
3.	Großbritannien	84,3	11,0
4.	Libyen	64,0	8,3
5.	Syrien	53,1	6,9
6.	Algerien	30,2	3,9
7.	Saudi-Arabien	26,5	3,4
8.	Nigeria	20,7	2,7
9.	Dänemark	12,0	1,6
10.	Angola	8,7	1,1
11.	Venezuela	5,9	0,8
12.	Kongo (Brazzaville)	5,7	0,7
13.	Niederlande	3,6	0,5
14.	Tunesien	2,1	0,3
15.	Kuwait	1,7	0,2
16.	Kamerun	0,9	0,1

Quelle: Mineralölwirtschaftsverband e.V.

Entwicklung deutscher Wirtschaftsinteressen

Zunächst ist bei der deutschen Privatwirtschaft mit innerafrikanischen Verschiebungen im Vergleich der Wirtschaftsräume Maghreb und südliches Afrika zu rechnen. Deutsche Firmen, die sich ohnehin schon im Afrika-Geschäft befinden, werden ihre Marktposition am Golf von Guinea sichern oder ausbauen können, bevor Marktneueintritte das Gesamtvolumen vergrößern. Das Haupthindernis dürfte sein, dass in Deutschland der downstream-Bereich sehr gut, der upstream-Bereich kaum ausgeprägt ist. Es gibt kein Äquivalent zu BP oder TOTAL. Und diejenigen deutschen Erdölexplorations- und Produktionsfirmen, die

bein in Libyen hat, und es in Afrika beim nördlichen Afrika belässt. Dies ist aber nicht naturgegeben, da sich zum einen Managemententscheidungen ändern können, zum anderen bietet der Golf von Guinea auch mittleren und kleineren Produzenten sowie Newcomern Wachstumschancen. Hierbei ist nicht nur an die amerikanischen Firmen wie Devon Energy oder Marathon Oil zu denken, sondern auch an die schweizerische Addax Petroleum (Addax & Oryx Group) oder die Firmen afrikanischer Besitzer, die im letzten Jahrzehnt auf der Bildfläche erschienen sind, wie die nigerianische Atlas Petroleum.

Deutschland ist von einer bewussten Politik der Bezugsdiversifizierung oder der Öffnung von Märkten zur Steigerung der Versorgungssicherheit weit entfernt. In einschlägigen Fachkreisen ist dies als ein Manko bereits diagnostiziert: „Deshalb muss Europa eine Strategie der Diversifizierung entwickeln, wie

⁷⁶ Bundesagentur für Außenwirtschaft (bfa) (Hg), Wirtschaftstrends zum Jahreswechsel 2002/03 – Westafrika, S. 6.

dies die USA schon seit langem als Teil ihrer Sicherheitspolitik umsetzen.“⁷⁷ Die Ölversorgung ist in Deutschland privatwirtschaftlich organisiert und arbeitet gewinnorientiert. Eine strategische Ausrichtung kann - sofern politisch gewollt - daher nur über

weit vorangekommen, dass vor allem multinationale Konzerne oder joint ventures eine wichtige Rolle spielen. 95 % der Rohölproduktion Nigerias gehen auf joint ventures zurück. Die USA setzen zwar ihre politische Macht stärker als alle anderen Staaten ein, der

Tabelle: Deutsche Exporte in ausgewählte Länder am Golf von Guinea 1998-2002

Land	1998 in Mio. €	2002 in Mio. €	Veränderung in %
Kamerun	62,6	100,5	+ 60,54
Tschad	1,8	23,2	+ 1188,89
Äquatorialguinea	0,90	5,5	+ 511,11

Quelle: Anhang der Tätigkeitsberichte des Afrika-Vereins, 1998 und 2002; Statistisches Bundesamt und eigene Berechnungen

Anreize bewerkstelligt werden, unter Berücksichtigung anderer Bezugsquellen wie GUS, Mittlerer Osten und Maghreb. Eine wesentliche Steigerung der Lieferbeziehungen beispielsweise zum Golf von Guinea ist in absehbarer Zukunft nicht zu erreichen, dennoch nicht völlig zu vernachlässigen. Der Gedanke ist es aber wert. Warum? Der Blick auf die Schweiz, einen vergleichbar ressourcenarmen Nachbarn Deutschlands, lässt diese Überlegung nicht abwegig

internationale Wettbewerb ist dadurch aber nicht aufgehoben. Hier gibt es Chancen für deutsche petrochemische Firmen und die Zulieferindustrien.

Für die nächste Dekade lassen sich im Energiebereich der Region jährliche Investitionen von US-\$ 10 Mrd. prognostizieren.⁷⁹ Deutsche Direktinvestitionen in Länder am Golf von Guinea entfallen in nennenswerter Höhe nur auf Nigeria mit Euro 265 Mio. im Jahr 2000.⁸⁰ Der Kapitalzufluss von nicht-deutschen

Tabelle: Deutsches Außenhandelsvolumen mit ausgewählten Ländern am Golf von Guinea 1998-2002

Land	1998	2002	Veränderung in %
Nigeria	868,3 Mio. €	1344,7 Mio. €	+ 54,87
Angola	101,8 Mio. €	225 Mio. €	+ 121,02
Republik Kongo	140,8 Mio. €	187,6 Mio. €	+ 33,24
São Tomé und Príncipe	3,92 Mio. €	6,8 Mio. €	+ 73,47

Quelle: Anhang der Tätigkeitsberichte des Afrika-Vereins, 1998 und 2002; Statistisches Bundesamt und eigene Berechnungen

erscheinen: Der Hauptanteil der schweizerischen Rohölimporte – rund 90% – stammt aus Afrika. Der Maghreb macht dabei aber den Schwerpunkt aus, da allein Libyen die Hälfte der Importe abdeckt.⁷⁸

Auch wenn sich Beispiele anführen lassen, dass größere Projekte im Bereich der Öl- und Gasexploration ausschließlich von US-Firmen getragen werden, so ist im Golf von Guinea die Globalisierung schon so-

Volkswirtschaften in Form von Investitionen oder Exporten wird die Situation der west- und zentralafrikanischen Länder verändern – auch zur potentiellen Stärkung des deutschen Afrika-Geschäfts.

Noch sprechen die aktuellen deutschen Wirtschaftszahlen in Einzelfällen mit ihrer Marginalität

⁷⁹ Dies lässt sich zu großen Teilen auf Investitionen im upstream-Bereich von US-Unternehmen zurückführen: "The United States is expected to invest \$35 billion (\$35.000 million) in West Africa oil and gas upstream in the next five years" <http://usembassy.state.gov/nigeria/wwwhp112002b.html> (download am 02.12.2002).

⁸⁰ *Deutsche Bundesbank* (Hg.), Kapitalverflechtung mit dem Ausland, Mai 2002, S. 22.

⁷⁷ Friedemann *Müller*, Versorgungssicherheit. Die Risiken der internationalen Energieversorgung, in: *Internationale Politik* 58 (März 2003) 3, S. 10.

⁷⁸ Vgl. Lutz *Neumann*, Erdölboom am Golf von Guinea. Die USA investieren – Deutschland steht abseits, in: *Neue Zürcher Zeitung* (NZZ), 18.02.2003, S. 13.

für sich: Bei einem Außenhandelsvolumen mit Deutschland von unter Euro 7 Mio. im Jahr 2002 war São Tomé und Príncipe bislang eher für deutsche Briefmarkensammler und Individualreisende von Interesse. Nimmt man die zur Zeit geschätzten 4 Mrd. Barrel Erdölreserven von São Tomé und Príncipe für ein kleines Rechenexempel, indem man sie mit dem Weltmarktpreis pro Barrel (Juli 2003 rund US-\$ 30,- pro Barrel) multipliziert, folgt ein Marktwert der Reserven von US-\$ 120 Mrd. Es ist also unwahrscheinlich, dass das Außenhandelsvolumen Deutschlands mit São Tomé und Príncipe in einigen Jahren noch auf derart niedrigem Niveau bleiben wird.

Für einige Staaten am Golf von Guinea haben sich in den letzten Jahren Trends in der Erhöhung der Handelszahlen abgezeichnet, die im Zusammenhang mit der Öl- und Gasexploration stehen.

Bei der jetzigen innenpolitischen Verfassung dieser Staaten ist nicht davon auszugehen, dass der wirtschaftliche Aufschwung sich nachhaltig auf die Entwicklung des Landes und der Bevölkerung auswirken wird.⁸¹ Innerhalb und unmittelbar unter der politischen Führung des jeweiligen Landes wird sich das ins Land fließende Kapital akkumulieren. Die Kaufkraft dieser Elite erstreckt sich auf bestimmte Konsumgüter und Produkte, in deren Export Deutschland eine gute Marktposition besitzt.⁸² Im Umfeld der Großvorhaben im Öl- und Gassektor sind deutsche Produkte aus dem Anlagen- und Maschinenbau, Ausrüstungen und Dienstleistungen im Logistikbereich gefragt. Die Nachfrage deutscher Produkte in der Region Golf von Guinea wird die positive Entwicklung der vergangenen Jahre fortsetzen. Das Hauptgeschäftsfeld für den deutschen Privatsektor liegt zur Zeit daher nicht im eigentlichen Erdöl- oder Erdgasgeschäft.

Konsequenzen für die deutsche Afrika- und Außenwirtschaftspolitik

Nach der Darstellung der Ausgangslage am Golf von Guinea und der Identifizierung der deutschen wirtschaftlichen Interessen soll nun auf mögliche Konse-

quenzen für die deutsche regionale Außenpolitik und die Außenwirtschaftspolitik eingegangen werden. Die Außenwirtschafts- und Entwicklungspolitik wird dabei als ein Bereich der regionalen Außenpolitik aufgefaßt. Die Beantwortung erfolgt durch den Aufriß der

- strategischen
- diplomatischen
- entwicklungspolitischen
- kulturpolitischen Komponenten des Themenkomplexes.

Im Mittelpunkt befindet sich dabei die Frage nach der Position der Bundesregierung gegenüber der Region und nach den Anknüpfungspunkten, die es staatlicherseits zum Engagement der deutschen Privatwirtschaft gibt.

Hierbei stehen strukturelle Konsequenzen im Vordergrund der Analyse. Länderspezifische Prognosen können sich bei diesem Thema innerhalb kürzester Zeit überholen, da gerade bei den mit Öl- und Gasvorkommen ausgestatteten Ländern Afrikas rasche Entwicklungsprozesse und Dynamiken zu verzeichnen sind. Als ein Beispiel sei genannt:

Das von sechs deutschen Wissenschaftlern aus verschiedenen Instituten und Universitäten vorgelegte „Memorandum zur Neubegründung der deutschen Afrikapolitik“⁸³ vom Oktober 2000, welches für die derzeitige Afrikapolitik und Wahrnehmung des Kontinents aus politikwissenschaftlicher Sicht viel beachtet wurde,⁸⁴ trifft klare Aussagen zu bestimmten Ländersituationen. Auf Seite neun des Memorandums werden mit der Republik Kongo und São Tomé und Príncipe „zwei verharrende Niedrigeinkommensländer mit geringen Entwicklungschancen“⁸⁵ gesehen. Dem gegenüber hat sich folgender Sachverhalt ergeben:

Im Jahr 2000 wurde zwar begründet vermutet, aber es war noch nicht bekannt, dass das Archipel mit der Hauptstadt São Tomé auf einigen Milliarden Barrel Rohöl liegt. Die grobe Richtung der Entwicklung ist heute vorgegeben. Auch die innenpolitischen Quere-

⁸¹ Vgl. Matthias *Basedau*, Erdölstaaten am Golf von Guinea – Wachstumsregion oder Krisenherd?, unveröffentlichtes Papier, Hamburg: Institut für Afrika-Kunde, Juni 2003, S. 4-9.

⁸² Vgl. Lutz *Neumann*, Golf von Guinea vor strategischer Neubewertung. USA intensivieren Bemühen um afrikanischen Ölmarkt – Deutsches Afrika-Geschäft steigt, in: Afrika-Wirtschaft 12 (Dezember 2002), S. 43.

⁸³ Ulf *Engel et al.*, Memorandum zur Neubegründung der deutschen Afrikapolitik. Frieden und Entwicklung durch strukturelle Stabilität, Berlin 2000.

⁸⁴ Bezüge zum „Afrika-Memorandum“ in Vermerken des Auswärtigen-Amtes, Veröffentlichung der Subregionalstrategien für West- und Zentralafrika anderthalb Jahre später, im Mai 2002.

⁸⁵ Ulf *Engel et al.*, Memorandum zur Neubegründung der deutschen Afrikapolitik. Frieden und Entwicklung durch strukturelle Stabilität, Berlin 2000, S. 9.

len und der Militärputsch vom 17. Juli 2003 wird den anstehenden strukturellen Aufschwung der Volkswirtschaft des Landes nicht wesentlich verändern. Es ist lediglich eine Frage, welche der Interessengruppen des Landes (und das Militär ist in vielen Ländern eine), auf welche Weise an dem Erdölboom teilhat. Mit Nigeria und den USA, aber auch den lusophonen Staaten, wird São Tomé seine Ölvorkommen erschließen.

Der DRK und dem Tschad werden in dem Memorandum „überhaupt keine Entwicklungschance“⁸⁶ zugesprochen. Die Tschad-Kamerun-Pipeline wird jedoch ab Ende 2003 die Vorkommen der Doba-Ölfelder (Tschad) an den Weltmarkt bringen. Sofern unter einer Entwicklungschance überdurchschnittliches Wachstum des BSP, verbesserte Infrastruktur, Einbindung in internationale Wirtschaftsbeziehungen und höherer internationaler Stellenwert verstanden wird, sind nie dagewesene Entwicklungschancen in sämtlichen dieser genannten Länder vorhanden. Diese Entwicklungschancen sind Öl-induziert. Daher ist aus dieser Richtung der Ansatzpunkt für eventuelle Konsequenzen für die deutsche regionale Außen- und Außenwirtschaftspolitik gewählt.

Strategische Komponente

Die derzeitige Afrikapolitik der Bundesregierung für Subsahara-Afrika unterteilt sich neben den Globalzielen der deutschen Außenpolitik in vier regionalspezifische Ansätze.

Von diesen Ansätzen interessieren in diesem Zusammenhang die zwei Strategiepapiere für West- und Zentralafrika⁸⁷ vom Mai 2002, bzw. September 2003.⁸⁸

Der Großteil der in dieser Untersuchung besprochenen Länder fällt nach Definition des Auswärtigen Amtes in die Region Zentralafrika: Äquatorialguinea, Gabun, Kamerun, DR Kongo (Kinshasa), Republik Kon-

go (Brazzaville), São Tomé und Príncipe und Tschad. Konsequenter wird daher im letzten Kapitel der „Außenpolitischen Strategie für Zentralafrika“ von einem „potenziell erheblich zunehmenden geostrategischen Gewicht[...] des Großraumes Zentralafrika“⁸⁹ gesprochen. Was daraus in der politischen Realität vor Ort folgt, steht vorerst auf einem anderen Blatt. Euphemistisch lässt sich der deutschen Afrika-Politik für diese Region ein niedriges Profil zusprechen. Dieses niedrige Profil beruht auf einer weitgehenden Reduzierung der Rolle Deutschlands als Partner der Entwicklungshilfe. Eine wirtschafts- oder gar sicherheitspolitische Zielsetzung ist kaum erkennbar. Nicht nur vor dem Hintergrund der Versorgungssicherheit Deutschlands sollte eine Überprüfung dieser Politik vorgenommen werden.

In der aktuellen „Außenpolitischen Strategie für Westafrika“ ist unter den sieben spezifischen außenpolitischen Zielen gegenüber Westafrika keines, das der deutschen Außenwirtschaft genuin gewidmet ist.⁹⁰ Bei der Definition der Interessenschwerpunkte nimmt in wirtschaftlicher Hinsicht nur die „subregionale Integration“ (ECOWAS, UEMOA) gewissen Raum ein.⁹¹ Die strategische Relevanz der Ressourcen wie der Erdölreserven, die nolens volens auch durch das Engagement der USA für Deutschland vorliegt, ist nicht in die Ausarbeitung eingeflossen. Dies könnte auf den Umstand zurückgeführt werden, dass Länder wie Benin, Ghana und Côte d’Ivoire erst seit jüngster Zeit zu den Erdölproduzenten zu zählen sind, bzw. kurz vor dem Schritt zur Produktion stehen. Da jedoch auch der traditionelle Öllieferant Nigeria in die Region Westafrika fällt und dieser seine Produktion absehbar verdoppeln will, dürfte eine Ergänzung der „Außenpolitischen Strategie für Westafrika“ angezeigt sein.

Nicht nur im Vergleich zu den USA, sondern auch mit Blick auf einige Staaten Asiens und unsere europäischen Nachbarn ist diese bisherige deutsche Perzeption der Region unter den Industrienationen einmalig.

Die derzeitige zurückhaltende deutsche Position bietet immerhin gerade bei Wirtschaftsbeziehungen gewisse Vorteile, die zumindest auf der perzeptionellen Ebene in Afrika gepflegt werden sollten: Während

⁸⁶ Engel, Memorandum, S. 9.

⁸⁷ Vgl. *Auswärtiges Amt* (Hg.), Außenpolitische Strategie für Westafrika, Berlin, Mai 2002; *Auswärtiges Amt* (Hg.), Afrika südlich der Sahara – außenpolitische Strategien – Teil Zentralafrika, Berlin, September 2003.

⁸⁸ Die Strategiepapiere für West- und Zentralafrika berücksichtigen „NEPAD-New Partnership for Africa’s Development“ (Oktober 2001), „Inter-Agency Mission der VN nach Westafrika“ (März 2001), „Erklärung des EU-Afrika-Gipfels“ (April 2000) und den „Bericht des VN-Generalsekretärs zu den Konfliktursachen und der Förderung dauerhaften Friedens und nachhaltiger Entwicklung in Afrika“ (1998) wie auf dem Deckblatt vermerkt.

⁸⁹ *Auswärtiges Amt* (Hg.), Afrika südlich der Sahara – außenpolitische Strategien – Teil Zentralafrika, Berlin, September 2003, S. 16.

⁹⁰ Vgl. *Auswärtiges Amt* (Hg.), Außenpolitische Strategie für Westafrika, Berlin, Mai 2002, S. 5-10.

⁹¹ Ebd., S. 5-6.

bei Aktivitäten vor Ort von anderen Industrienationen von afrikanischer Seite handfeste Interessen vorausgesetzt oder vermutet werden, geht man im Falle Deutschlands zunächst nicht davon aus. Wirtschaftliche Aktivitäten, die nicht politisch angebahnt oder mit Nachdruck begleitet werden, können sich unter Umständen einer größeren Gegenliebe beim Gastland erfreuen.

Wenn aber an den Schaltstellen des Gastlandes die Schlüsselpositionen - wie in der Regel im frankophonen Afrika - einseitig besetzt sind und sich das Rechts-, Zoll-, Bildungs- und Verwaltungssystem nach französischem Vorbild ausrichtet, so bringt das niedrige Profil der deutschen Politik weitgreifende Nachteile mit sich. Eine fundierte Profilierung der deutschen Afrikapolitik, auch gegenüber Frankreich, kann Verkampfen lösen und Potentiale für Deutschland freisetzen.⁹² Die schlechteste aller Vorgehensweisen dürfte eine indifferente Anlehnung an die französische Afrikapolitik im Zuge der Harmonisierung in der Europäischen Union sein. Die ambivalenten Wechselbeziehungen zwischen den Eliten des frankophonen West- und Zentralafrikas und der Spitze des französischen Staates sind legendär. Die afrikanischen Finanzierungen von Wahlkämpfen in Frankreich, die ganze Bandbreite der militärischen Afrikapolitik und wirtschaftlichen Interessensdurchsetzung - die Anlehnung daran wäre für Deutschland kontraproduktiv. Die politische Funktion der französischen Afrikapolitik ist ebenfalls nicht zu unterschätzen. Das Bestreben durch Demonstration von Stärke in Afrika das Ansehen der Grande Nation in Europa und der Welt zu stärken, hat mit dem Abnehmen der wirtschaftlichen Verflechtungen mit den ehemaligen Kolonien an Stellenwert gewonnen. In diesen Kompensationsmechanismus sollte sich die deutsche Afrikapolitik nicht spannen lassen. Außerdem kann in dem energiepolitischen Feld der Antagonismus Washington-Paris an der Peripherie am Golf von Guinea vor dem Hintergrund des Öl- und Gasbooms punktuell zusammenstoßen.⁹³ In Westafri-

ka liegt das nicht nur im Bereich des Möglichen für die Zukunft, sondern hat sich schon im Ringen um Konzessionen in einigen Ländern ereignet, nachweislich in Kongo-Brazzaville.⁹⁴ Das Konfliktpotential mit Auswirkung auf Deutschland ist nicht hoch einzuschätzen, sollte aber grundsätzlich gesehen und in Einzelfällen im Vorfeld identifiziert werden können.⁹⁵

Die Beziehungen der afrikanischen Staaten zu den USA, in erster Linie sind Nigeria und Äquatorialguinea zu nennen, werden sich bei Bedarf im amerikanischen Interesse noch verbessern. Da die US-Politik auch auf Weltbank und IWF, insbesondere im Fall Nigerias, merklich durchschlägt, besitzt Deutschland auch in multilateralen Gremien nur wenig Spielraum. Die Bundesrepublik Deutschland und die deutsche Wirtschaft genießen ein hohes Ansehen am Golf von Guinea. Das ist für den individuellen deutschen Vertreter besonders dann vor Ort in Afrika spürbar, wenn es um einzelne besondere Merkmale der deutschen Politik geht, die sich von anderen Industrienationen unterscheiden, zum Beispiel die Haltung der Bundesregierung im Irak-Krieg (2003). Dieses Potential kann im Wirtschaftsalltag im kleinen, jedoch auch in multilateralen Gremien der Vereinten Nationen im großen bewusster genutzt werden.

In multilateralen Regierungsverhandlungen kann und soll politische Konditionierung die deutsche Wirtschaft vor Ort unterstützen. Dies gilt besonders, wenn es sich um firmen-, branchen- und länderübergreifende Fragen wie z. B. die unmatched claims in Nigeria oder ausstehende Forderungen an afrikanische Staaten aus alten Hermes-Geschäften handelt. Forderungen gegenüber öl- und gasreichen Staaten sollten massiver aufrecht erhalten und durchgesetzt werden, als bei afrikanischen Entwicklungsländern, die in absehbarer Zukunft nicht über die Liquidität verfügen werden, ihre Schulden zu bedienen. Eine profilierte deutsche Position würde sich jedoch nicht nur bei der Beschäftigung mit den Lasten der Vergangenheit positiv auswirken, sondern wird durch das Vorgehen von Staaten wie den USA in der Region für zukünftige politische Strategien des Auswärtigen Amtes nahegelegt.

⁹² Zu den jüngsten Veränderungen in der französischen Afrikapolitik vgl. Rachel *Utley*, Not to do less but do better: French Military Policy in Africa, in: International Affairs 1 (2002), S. 131-146.

⁹³ Ein Exempel zu dieser Sichtweise: „We're competing with the British and the French. We ought to make it easier and less risky for oil ties to develop between us and Africa. Our companies need more protection and security.“ Zitat von US-Kongreßabgeordneten William Jefferson, in: *Schutz*, African Oil, unveröffentlichtes Transkript eines

Symposiums vom 25. Januar 2002, S. 25.

⁹⁴ Vgl. Matthias *Basedau*/Andreas *Mehler*, Strategische Ressourcen in Subsahara-Afrika. Konfliktpotentiale oder Friedensgrundlagen?, in: Internationale Politik 58 (März 2003) 3, S. 42.

⁹⁵ Vgl. Paul *Collier*/Anke *Hoeffler*, Greed and Grievance in Civil War, Washington: World Bank, 2001.

Für die USA sind Bilateralität und Pragmatismus erklärte Methode der Politik. *The National Security Strategy of the USA, September 2002*: „Africa’s great size and diversity requires a security strategy that focuses on bilateral engagement and builds coalitions of the willing.“⁹⁶

Der US-Handel mit Subsahara-Afrika lag 2001 bei US-\$ 28 Mrd., von denen rund die Hälfte „energy related“ waren, wie die Vertreterin des DOE (USA) auf der Konferenz „5th Annual Oil and Gas in the Gulf of Guinea“ Anfang Juni 2003 in London erläuterte. Bei entsprechender Rückendeckung sind diese Handelsvolumina mit afrikanischen Staaten möglich. Hinsichtlich der US-amerikanischen Direktinvestitionen in Afrika sollen im nächsten Jahrzehnt bis zu ¾ der Investitionen im Energiebereich getätigt werden.⁹⁷ Das DOE erklärte auf der erwähnten Konferenz ferner, dass interne Analysen für die derzeitigen Hauptproduzenten Nigeria, Angola, Äquatorialguinea, Kongo-Brazzaville und Gabun ergeben hätten, dass Öleinahmen zwischen 2003 und 2020 etwa US-\$ 600 bis US-\$ 900 Mrd. in ihren Volkswirtschaften generieren werden. Daran werden maßgeblich US-Konzerne beteiligt sein. Die strategischen Umwälzungen sind offenkundig. Von Altruismus oder einer der deutschen Außenwirtschaft überlegenen Risikobereitschaft kann bei dem verstärkten Engagement der US-Wirtschaft nicht ausgegangen werden, sondern lediglich von besseren Rahmenbedingungen, die für das US-amerikanische Afrika-Geschäft gesetzt sind.

Die Bundesregierung hat prinzipiell das Thema „der aufkommenden Märkte am Golf von Guinea und der Chancen für deutsche Unternehmen“ erkannt: „Unter dem Gesichtspunkt der Versorgungssicherheit und Krisenfestigkeit ist neben den USA und Asien auch Europa zunehmend daran interessiert, alternative Bezugsquellen zum Nahen Osten aufzubauen.“ Der Parlamentarische Staatssekretär im BMWA, Dr. Ditmar Staffelt, erklärte dies auf der Veranstaltung „Die deutsche Wirtschaft am Golf von Guinea – Auswirkungen des Öl- und Gasbooms in Afrika“ des Afrika-Vereins, BDI, DIHK und BAO Berlin am 3. Juli 2003 im Haus der

Deutschen Wirtschaft und führte ferner aus: „Die Bundesregierung ist bereit, ein Engagement der deutschen Unternehmen vor Ort zu flankieren. Dafür steht das gesamte Instrumentarium der Außenwirtschaftsförderung zur Verfügung. Es wird ständig fortentwickelt und neuen Herausforderungen angepaßt. Zur Zeit geschieht dies im Rahmen der kürzlich vom Bundeskabinett verabschiedeten Außenwirtschaftsoffensive „Weltweit aktiv“.

Hierzu gehören u.a. das Angebot einer politischen Flankierung von Projekten im Ausland sowie der Ausbau von Public Private Partnership-Projekten in der Entwicklungszusammenarbeit.“

Die Frage der Versorgungssicherheit in dem vorangegangenen Zitat ist in der Tat virulent und richtet sich an die Bundesregierung selbst: Die Gewährleistung von Versorgungssicherheit ist eine Aufgabe der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik, nicht der Privatwirtschaft. Es bleibt natürlich zu prüfen, inwieweit ein stärkerer Einsatz politischer und materieller Ressourcen Deutschlands hinsichtlich des Golfs von Guinea nicht in einer anderen Weltregion (z.B. GUS, Mittlerer Osten oder Maghreb) effizienter wäre. Ungeachtet der Situation am Golf von Guinea müssten ohnehin in diesem Bereich zunächst in Deutschland Kompetenzen geschaffen, gebündelt und eventuell sodann auf EU-Ebene übertragen werden. Das derzeitige "Vakuum" auf diesem Gebiet "erzeugt eine Vernachlässigung deutscher und europäischer Interessen, wie sie in den Vereinigten Staaten undenkbar wäre."⁹⁸

Versorgungssicherheit ist prinzipiell ein Ergebnis von Politik und funktionierendem Markt. Wenn sich in einer Region wie dem Golf von Guinea Wirtschafts- und Lieferbeziehungen in einem aktuellen Gestaltungsprozeß befinden, kann für die eingesetzten Mittel eine gute Relation zwischen Aufwand und Ertrag entstehen. Dies gilt für Regierung und Privatwirtschaft gleichermaßen.

Ohne die Region und ihr Potential im internationalen Vergleich zu überschätzen, könnte im Zusammenhang mit der Ergänzung der beiden Strategiepapiere des Auswärtigen Amtes für West- und Zentralafrika in Abstimmung mit dem BMWA das Instrumentarium der Außenwirtschaftsförderung für den Golf von Guinea neu fokussiert werden.⁹⁹

⁹⁶ *The White House (Hg.)*, The National Security Strategy of the United States of America, Washington: Government Printing Office (GPO), September 2002, S. 11.

⁹⁷ Vgl. *African Oil Policy Initiative Group* (Hg.), African Oil: A Priority for U.S. National Security and African Development, unveröffentlichtes Papier, Washington: The Institute for Advanced Strategic and Political Studies, Januar 2002, S. 4.

⁹⁸ Friedemann *Müller*, Gas für uns alle, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ), 22.08.2003, S. 6.

⁹⁹ Es wird in der Folge auf die für den Golf von Guinea relevantesten Instrumente abgezielt. Zur Außenwirtschaftsförderung und Außenwirtschaftspolitik gehören selbstre-

- Das Instrumentarium der deutschen Außenwirtschaftsförderung ist für den Golf von Guinea ausbaufähig. Hermes-Deckungen sind bei den Zielländern, die nicht ohne Grund sämtlich in der schlechtesten Entgeltkategorie 7 eingestuft sind, sehr selten. Trotz des risikoreichen Marktes ließe sich hier mehr einsetzen. Bundesdeckungen für das Exportgeschäft wurden insgesamt im Jahr 2002 in einer Größenordnung von rund Euro 16,4 Mrd. gewährt. Auf die zehn Zielländer mit dem höchsten Deckungsvolumen entfiel rund die Hälfte des Gesamtvolumens. Unter diesen Hauptzielländern war keiner der Erdölstaaten West- und Zentralafrikas.
- Vor allem in schwierigen Märkten können indes vielfach nur mit Hilfe des Staates Export- und Investitionsrisiken gemindert werden. Allerdings haben die Länder am Golf von Guinea sehr hohe Altschulden aus Hermes-Geschäften der vorherigen Jahrzehnte. Im Juli 2003 beliefen sie sich auf rund Euro 7,9 Milliarden. Davon entfielen allein auf Nigeria Euro 5,6 Milliarden.¹⁰⁰ Dies ist nicht unerheblich. Grundsätzlich kann und sollte die Messlatte der Zahlungsmoral von bundesdeutscher Seite bei durch Öl und Gas reich gewordenen Staaten hoch angesetzt werden. Eine Konsequenz, die sich aus den hohen Altschulden ergibt, ist die retardierende Wirkung auf Umschuldungen und eine intensivierte wirtschaftliche Zusammenarbeit. So sollte zwischen Altschulden vergangener Regime und der aktuellen Risikosituation differenziert werden können, damit neue Wirtschaftschancen nicht verpasst werden. Hier könnte an Geschäfte mit entsprechender Sicherheitsstruktur (Projektfinanzierung) und Sanktionsmöglichkeiten gegenüber den Zielländern gedacht werden.
- Zudem sinkt bei angemessener politischer Flankierung die Schadenswahrscheinlichkeit. Eine Ausweitung der Hermesdeckungen für den Golf von Guinea muss damit nicht zwangsläufig die Schadensbilanz verschlechtern. Bei den möglicherweise

dennoch auftretenden Schadensfällen wäre im Rahmen einer Strategie zur Außenwirtschaftsförderung die Frage zu klären, ob die Schadensfälle in eine Kosten-Nutzen-Analyse einfließen, die einerseits den wirtschaftlichen Erfolg andererseits auch die Entwicklung der Lieferbeziehungen berücksichtigt. Insgesamt ist es wichtig, einheitlich gegenüber den Schuldnerstaaten nicht nur innerhalb der bundesdeutschen Ressortlandschaft mit den verschiedenen Politikfeldern, sondern auch innerhalb der internationalen Gemeinschaft aufzutreten und Sanktionsmechanismen zu nutzen.

- Handlungsoptionen ergeben sich für die Bundesregierung zur Entwicklung von Erdöl- und Erdgasprojekten zum Beispiel mit dem Instrument des „Ungebundenen Finanzkredits“ (UFK). Diese Art von Garantien kann vor dem Hintergrund eines besonderen staatlichen Interesses der Bundesrepublik Deutschland, etwa zur Sicherung der Rohstoffversorgung, vergeben werden. Der Anlass ist gegeben, da Deutschland und Europa die „drastisch wachsende Importabhängigkeit“¹⁰¹ nur mit alternativen Bezugsquellen diversifizieren und für den Fall der Fälle die Härten abmildern kann, sollte eine Region wie der Mittlere Osten oder GUS nicht mehr voll lieferfähig oder –willig sein. Außerdem kann das Instrument der Direktinvestitionsanlagengarantien (DIA) verstärkt eingesetzt werden, sofern Förderungswürdigkeit und risikomässige Vertretbarkeit der Projekte vorliegen. In der Garantieübernahme als Staat besitzt Deutschland die Möglichkeit, nicht nur einzelne Projekte für deutsches Kapital und Investitionen attraktiv zu machen,¹⁰² sondern durch sein staatliches Engagement über ausgewählte Erdöl- und Erdgasprojekte stabilisierend auf die Staaten am Golf von Guinea einzuwirken.
- Mit der Schaffung eines Junktims bei geförderten Projekten zwischen Auftragsvergabe und Aufträ-

¹⁰¹ Friedemann *Müller*, Versorgungssicherheit. Die Risiken der internationalen Energieversorgung, in: Internationale Politik 58 (März 2003) 3, S. 7.

¹⁰² Die Investitions Garantien schützen gegen die im Golf von Guinea besonders virulenten Risiken wie Verstaatlichung, Enteignung oder enteignungsgleiche Maßnahmen; Bruch rechtsverbindlicher Zusagen staatlicher oder staatlich kontrollierter Stellen; Krieg, kriegerische Auseinandersetzungen, Revolution und Aufruhr; Zahlungsmoratorien sowie Konvertierungs- und Transferprobleme.

dend mehr Aspekte oder Instrumente als die an dieser Stelle aufgeführten. Vgl. Georg *Koopmann*, German Foreign Economic Policy in the Age of Globalisation, HWWA-Diskussionspapier 56, Hamburg 1998, S. 14-30; Jürgen *Bellers*, Außenwirtschaftspolitik und politisches System Deutschlands 1918-1990, Siegen 1999.

¹⁰⁰ Angabe der Höhe der Forderungen nach schriftlicher Auskunft von Euler Hermes Kreditversicherungs-AG vom 22.08.2003.

gen für deutsche Unternehmen würden sich zusätzliche Arbeitsplatzeffekte in Deutschland erzielen lassen und die eigene Wirtschaft vor Ort in Afrika festigen, wie es die gängige Praxis einer Reihe von Staaten von den USA bis zu Dänemark ist. In der deutschen Wirtschaft, in der jeder dritte Arbeitsplatz vom Außenhandel abhängt, muß eine auf Wachstum und Arbeitsplätze auszurichtende Wirtschaftspolitik auch neue außenwirtschaftliche Wege vorsehen.

- Die Einrichtung eines Referates für politische Flankierung und Auslandsprojekte im BMWA ist ein wichtiger Schritt. Die Unterstützung des BMWA von Unternehmerreisen und Messebesuchen ist sehr willkommen, vor allem für viele mittelständische Firmen wird dadurch der Markteintritt erleichtert. So wurden vom BMWA für 2003 Unternehmerreisen nach Angola und Nigeria gefördert und begleitet, jedoch in der gesamten Region bisher kein Messeauftritt der deutschen Wirtschaft. Allerdings sind derlei Maßnahmen nicht überzubewerten, da sich gerade in Afrika ein unternehmerischer Erfolg nur durch die kontinuierliche Präsenz und die langfristige Bearbeitung des Marktes vor Ort ergibt.

Eine Weiterentwicklung des angesprochenen Instrumentariums der deutschen Außenwirtschaftsförderung geht einher mit dem erklärten Wunsch der Bundesregierung, die Handelsbeziehungen und den Wirtschaftsaustausch mit Afrika zu stärken. Darüber hinaus würde es zusammengefasst folgende Punkte unterstützen:

- Die Versorgungssicherheit Deutschlands mit den Energieträgern Öl und Gas würde durch den Aufbau alternativer Bezugsquellen zur Diversifizierung der Importabhängigkeit Deutschlands verbessert.
- Förderung der deutschen Wirtschaft.
- Entwicklung der afrikanischen Volkswirtschaften und Stabilisierung der betroffenen Staaten.

Diplomatische Komponente

In den Ländern am Golf von Guinea gibt es die ganze Bandbreite der Regierungsformen: Ein- und Mehrparteiensysteme sowie Militärregierungen.

Wahlen und Militärputsche führen zudem zu Wechseln in den einzelnen Staaten. Vordergründig deutet das auf wesentliche Unterschiede der Politiken hin, was beim Blick auf die jeweilige Innenpolitik

meist auch nicht von der Hand zu weisen ist.

Außenwirtschaftliche Entwicklungen verlaufen jedoch kontinuierlicher. Ob es eine demokratische oder eine Militärregierung ist, beide werden die Öl- und Gasvorkommen best- und schnellstmöglich für sich nutzen wollen. Der Personenkreis, der damit befasst ist, zeichnet sich üblicherweise durch Überschaubarkeit und geringe Fluktuation aus, da dieser Bereich ein gewisses Maß an Sachkenntnis fordert. Vermarktung der Rohstoffressourcen an internationale Konzerne, Kenntnis der Bretton-Woods-Institutionen, Fiskalpolitik nach Erfordernissen der Geber, Verhandlungsführung bei internationalen Abkommen sind die wichtigsten Punkte. Von daher kann in einzelnen Ländern die Beobachtung gemacht werden, dass sich auch in Zeiten innenpolitischer Umbrüche diese Ämter oder die Berater der Amtsinhaber durch große personelle Kontinuität auszeichnen.

Prioritäten in den deutschen Auslandsvertretungen sollten in diesem Zusammenhang überprüft und neu gesetzt werden: Sofern in einem afrikanischen Land mehr Entwicklungshelfer als Unternehmer aus Deutschland sind, ist es nachvollziehbar, dass sich das auch in der Personalpolitik des Bundes widerspiegelt. Gerade in Afrika ist aber die Präsenz des Wirtschaftsreferenten oder Sachbearbeiters - des klassischen Standbeines der deutschen Außenwirtschaft am Golf von Guinea - unersetzlich. Das Netz der Wirtschaftsabteilungen an den einzelnen Botschaften muß ausgebaut oder zumindest vor einer Reduzierung bewahrt werden. Aktivitäten deutscher Unternehmer in einem bestimmten afrikanischen Land können nicht adäquat von der deutschen Botschaft in einem anderen afrikanischen Land begleitet werden.

In den schwierigen Märkten am Golf von Guinea ist jeder wirtschaftskompetente Ansprechpartner von besonderer Wichtigkeit für den Erfolg einer deutschen Unternehmung. So gibt es in dem mehrfach zitierten Äquatorialguinea keine deutsche Auslandsvertretung. Pläne, dies mittelfristig zu ändern, werden von der deutschen Privatwirtschaft begrüßt. Die massive Erhöhung der Anzahl der Botschaftsangehörigen in US-amerikanischen Botschaften, wie zum Beispiel in Kamerun, Angola und Nigeria zeigen ihre Ergebnisse im Alltag des Wirtschaftslebens. Die personelle Aufstockung erfolgt insbesondere in den Wirtschaftsabteilungen. Oftmals drängen sich begründete Zweifel auf, dass die Qualifizierung für die Auslandstätigkeit nicht direkt wirtschaftsbezogen sein kann, jedoch muss festgestellt werden, dass die USA viele Vorgehensweisen im Rahmen ihrer komplexen Interessenlage am

Golf von Guinea wählen.¹⁰³ Die generell stärkere Präsenz vor Ort gestaltet sich nicht zum Nachteil US-amerikanischer Unternehmen.

Von Seiten der deutschen Wirtschaft ist es erwünscht, dass Deutschland Aufgaben am Golf von Guinea wahrnimmt, die nur staatlicherseits wahrgenommen werden können. Vor dem Hintergrund der angespannten Personaldecke im Auswärtigen Amt wäre die verstärkte Anwendung des Konzeptes der Einsetzung oder Attachierung von Wirtschaftsexperten in den Auslandsvertretungen ein denkbarer Weg für die Zukunft.

Um wirkliche Assistenz in den Hochrisikomärkten der deutschen Privatwirtschaft anbieten zu können, bedarf es Kompetenz in Sachfragen. Größere deutsche Wirtschaftsunternehmen müssen sich ebenfalls auf die Besonderheit der Märkte einstellen, sofern sie geschäftlich erfolgreich sein wollen. Für börsennotierte Aktiengesellschaften sind Intransparenz bei den Rahmenbedingungen, der Auftragsvergabe und Zahlungsabwicklung Hindernisse, die gegen ein Engagement am Golf von Guinea sprechen. Die realistische Einschätzung, ob und wann die Bezahlung für Aufträge erfolgt, kann nur der mit den formellen und informellen Strukturen des Landes langjährig vertraute Geschäftsführer der nationalen Niederlassung geben. Der bloße Rechstitel oder rechtmäßige Ansprüche reichen meist nicht aus, um ausstehende Forderungen einzutreiben. Grundlage dafür ist in der Regel kein Gerichtsverfahren, sondern Personen- und Marktkenntnis. Den Aktionären und der Geschäftsführung in der Zentrale sind solche Sachverhalte schwer nahezubringen. Hier gibt es zwischen Diplomatie und Privatwirtschaft Parallelen.

Die deutsche Diplomatie muss dem, soweit es geht, Rechnung tragen, auch wenn zwischen den afrikanischen Staatsordnungen und der deutschen Staatsordnung weitestgehend Inkompatibilität herrscht. Gerade in den schwierigen Märkten Afrikas offenbart das deutsche Konzept, das zu Gunsten der Ausbildung

zum Generalisten von der Spezialisierung zur etwaigen Laufbahn eines Wirtschaftsattachés absieht, erkennbare Nachteile. Zudem ist die Fluktuation im höheren Dienst zwischen Posten in der Privatwirtschaft und Auswärtigem Dienst im Vergleich zu anderen westlichen Industrienationen verschwindend gering.

Das auf den Staatschef zugeschnittene Staatswesen im Golf von Guinea weist grundsätzlich kaum Unterschiede zwischen öffentlichen und privaten Interessen auf. Ämter und die damit verbundenen Privilegien werden als persönliches Eigentum betrachtet. Ministerien und staatliche Organisation sind zwar für die entsprechenden Aufgaben vorgesehen, sobald aber die Interessen des Staatschefs tangiert sind, setzen auf ihn zentrierte Entscheidungsprozesse ein. Gerade im wirtschaftlichen und außenwirtschaftlichen Bereich ist das der Fall, da der Präsident selbst oftmals als Sachwalter von Interessen oder gar als Unternehmer auftritt. Hierin ähnelt sein Selbstverständnis dem eines lokalen chiefs. Der Klientelismus ist das bestimmende Charakteristikum der Staatsordnungen in den Ölstaaten am Golf von Guinea – und zwar ohne Ausnahme. Rahmenbedingungen für Entscheidungsprozesse sind nur in geringem Umfang institutionalisiert. Darauf muss sich nicht nur die deutsche Privatwirtschaft, sondern auch die deutsche Diplomatie einstellen.

Entwicklungspolitische Komponente

Die deutsche Politik am Golf von Guinea ist von der Entwicklungspolitik geprägt. In der „Überforderung der Entwicklungspolitik“¹⁰⁴ liegt ein Grund für die „Fehlsteuerung deutscher Afrikapolitik“¹⁰⁵. Die weitere Politisierung der Entwicklungshilfe¹⁰⁶ und eine stärkere Reduzierung und Anbindung der Durchführungsorganisationen an den politischen Auftraggeber ist vor dem Hintergrund der dynamischen Entwicklung des Golfs von Guinea wünschenswert. Sollbruchstellen in Entwicklungshilfeprojekten in Bezug auf die afrikanische Seite müssen verstärkt eingeführt und

¹⁰³ „We'd like to have improved relationships with U.S. companies in Africa for purposes of augmenting our limited human footprint, and again the Congressman [William Jefferson in einem vorangegangenen Redebeitrag, Anm. d. Verf.] mentioned human intelligence sadly lacking in Africa, especially from the military perspective, and we need that.“ Karen Kwiatkowski (Office of African Affairs DOD) in einem Redebeitrag, in: *Schutz*, African Oil, unveröffentlichtes Transkript eines Symposiums vom 25. Januar 2002, S. 28.

¹⁰⁴ Stefan *Mair*, Afrikas Entwicklungshemmnisse und die Rolle deutscher Afrikapolitik, Vortrag vor der Society for International Development (SID), Berlin Chapter, 31.10.2002, S. 5.

¹⁰⁵ Ebd., S. 5.

¹⁰⁶ Vgl. Ernst *Hillebrand*/ Günther *Maihold*, Von der Entwicklungspolitik zur globalen Strukturpolitik. Zur Notwendigkeit der Reform eines Politikfeldes, in: *Internationale Politik und Gesellschaft* 4 (1999), S. 339-351.

auch durchgehalten werden. Oftmals scheinen die persönlichen wirtschaftlichen Interessen der Durchführer vor Ort und das Interesse der verantwortlichen Geber in der Zentrale, ein möglichst großes Portfolio möglichst reibungslos zu verwalten, über die Fortführung von EZ- und TZ-Projekten zu entscheiden, ungeachtet der Entwicklung der Situation vor Ort.

Von der deutschen Entwicklungspolitik ist vielmehr eine „konsequente Anwendung des Instrumentariums der politischen Konditionalität einzufordern [und sie] auf ihre eigene Konzeption hin zu überprüfen und von einer Instrumentalisierung für andere Ziele zu schützen. Insbesondere gegenüber den Staaten, deren Regierungspraxis nicht die Voraussetzungen für eine intensive Entwicklungszusammenarbeit erfüllen, ist die deutsche Entwicklungszusammenarbeit zu beschränken auf: Armutsbekämpfung im engeren Sinn, (Grund)Bildung, Fortschritte in der Durchsetzung von Menschenrechten und Demokratie sowie Förderung des Umweltschutzes.“¹⁰⁷ Auch diese Auflistung ist noch umfangreich, wenn bedacht wird, was prinzipiell alles von einem entsprechenden Regime instrumentalisiert werden kann.¹⁰⁸ Es ist bedenklich, wenn Entwicklungshilfe Freiräume schafft, etwa zur Unterhaltung des staatlichen Repressionsapparates oder gar zu völkerrechtlich nicht abgesicherten Feldzügen oder Okkupation fremden Territoriums.¹⁰⁹ Letzteres trifft z. B. auf Uganda zu, das sich, bzw. Teile seiner Generalität, seit mehr als einem halben Jahrzehnt an der Destabilisierung im Osten der DR Kongo beteiligt.¹¹⁰

Auch gilt es, in der Entwicklungspolitik neue Pfade einzuschlagen: Mit dem entwicklungspolitischen Arm der US-amerikanischen Außenpolitik, USAID, werden Programme im Energiesektor aufgelegt, um insbesondere mit Nigeria Verwaltungsreformen und Entwicklung der Öl- und Gasvorkommen anzugehen. So führt

¹⁰⁷ Alexander *Fonari*, Politische Konditionalität im Rahmen der deutschen Entwicklungszusammenarbeit als Instrumentarium deutscher Außen- und Außenwirtschaftspolitik?, Univ.-Diss., Münster 1999, S. 209.

¹⁰⁸ Vgl. John *Prendergast*, Frontline Diplomacy: Humanitarian Aid and Conflict in Africa, London: Lynne Rienner Publishers, 1996.

¹⁰⁹ Vgl. Stefan *Mair*, Staatszerfall und Interventionismus: Determinanten grenzüberschreitender politischer Neuordnung in Afrika, unveröffentlichte Studie, Ebenhausen/Isartal: Stiftung Wissenschaft und Politik, Dezember 1999, S. 6; und auch 38-40.

¹¹⁰ Vgl. William *Reno*, Warlord Politics and African States, London: Lynne Rienner Publishers, 1998.

zum Beispiel das DOE seit bald zwei Jahren einen Senior Energy Adviser in dem USAID-Büro in der Hauptstadt Abuja. Die deutsche Entwicklungspolitik kann in ähnlicher Weise mit der Privatwirtschaft konzentrierte Projekte verstärkt im Energiebereich auflegen.

Abgesehen davon findet die deutsche Entwicklungspolitik in allen diesen Staaten Betätigungsfelder vor: Rechtsstaatlichkeit, Demokratie und staatliches Gewaltmonopol dürfte in den nächsten Jahren im Golf von Guinea mehr denn je von deutscher Seite gefördert werden müssen. Anfang Juni 2003 lieferte eine Konferenz der Friedrich-Ebert-Stiftung und des Instituts für Afrika-Kunde für die entwicklungspolitischen Auswirkungen des Erdölbooms wichtige Ergebnisse.¹¹¹

Besonders die Demokratieförderung und Entwicklung der Rechtsstaatlichkeit müssten „eine viel prominentere Rolle in der deutschen Afrikapolitik spielen [...] als dies bisher der Fall ist. Zwar wird dieser Politikbereich in Verlautbarungen immer wieder als primär hervorgehoben, tatsächlich fließen ihm aber weitaus weniger als zehn Prozent der personellen und materiellen Entwicklungszusammenarbeit zu.“¹¹²

Dies würde zur Erzeugung eines marktwirtschaftlich-freundlichen Umfelds beitragen, was sowohl entwicklungspolitisch als auch ökonomisch sinnvoll wäre. Verlässliche Rahmenbedingungen sind die Grundlage einer florierenden Privatwirtschaft. Was für das deutsche Unternehmen vor Ort gut ist, ist auch für das afrikanische Unternehmen vor Ort gut.

Auf Seiten der deutschen Bundesregierung wird diese Ansicht geteilt. „Um es schlagwortartig auszudrücken: ‚gute Regierungsführung bedeutet gute Geschäfte‘. Dabei wird der Aspekt des sogenannten ‚Good Governance‘ und der Transparenz gerade bei den hohen staatlichen Einnahmen aus der Öl- und Gasförderung auf die Probe gestellt werden. Hohe Haushaltseinnahmen dürfen nicht zu einer Fehlallokation von Mitteln oder ihrer Konzentration bei wenigen Akteuren führen. Vielmehr sollten diese - auch in unserem Interesse - u.a. dazu dienen, marktwirtschaftliche Strukturen und privates Unternehmertum

¹¹¹ Vgl. Matthias *Basedau*, Erdölstaaten am Golf von Guinea - Wachstumsregion oder Krisenherd?, unveröffentlichtes Papier, Hamburg: Institut für Afrika-Kunde, Juni 2003.

¹¹² Stefan *Mair*, Afrikas Entwicklungshemmnisse und die Rolle deutscher Afrikapolitik, Vortrag vor der Society for International Development (SID), Berlin Chapter, 31.10.2002, S. 6.

zu stärken und die eigene Industrie, die Infrastrukturen und den Dienstleistungssektor auszubauen.“ (Parlamentarischer Staatssekretär (BMWA) Dr. Ditmar Staffelt am 3. Juli 2003 im HdDW)

Pointiert kann die Kernaussage des vorhergehenden Abschnitts freilich auch entgegengesetzt formuliert werden: Auch schlechte Regierungsführung kann gute Geschäfte bedeuten:

Nigeria ist einer der Trägerstaaten der NePAD, muss sich jedoch nicht nur von seinen regionalen Nachbarn fragen lassen, was es dazu qualifiziert. Der Bericht der EU-Wahlbeobachterkommission zur Präsidentschaftswahl im April 2003 sprach mit Deutlichkeit aus, dass selbst auf Basis der Maßstäbe, die sich Nigeria für die Wahl vorgegeben hatte, schwere Wahlfälschungen und Manipulationen das Ergebnis der Wahl relativieren. Transparency International sah Nigeria 2003 an weltweit vorletzter Stelle in der Korruptionskala.¹¹³ Ein Trend nach oben ist nicht zu erkennen, eher das Gegenteil. Die bei der OECD in Paris angesiedelte Geldwäschebekämpfungseinheit (FATF) ließ Nigeria im Oktober 2002 nur knapp Sanktionsmechanismen im Banken- und Finanzsektor entgehen. Der Anstieg der Handelszahlen spricht jedoch für sich, auch die bilateralen deutsch-nigerianischen sind in den letzten fünf Jahren um über 50 % gestiegen (s.o.). Im deutschen Afrika-Geschäft ist Nigeria jenseits der Auswirkungen von Regierungspolitik ökonomisch ein Selbstläufer. Die Politik muss das zur Kenntnis nehmen und darf nicht dem Missverständnis unterliegen, sie könne durch bloße Werteorientierung negative Exzesse in Afrika begrenzen oder gar umlenken. Die Sicherheitsfrage und die Aufrechterhaltung einer zentralen Staatsmacht sind von übergeordneter Bedeutung für den weiteren Entwicklungsweg nicht nur Nigerias, sondern des gesamten Golfs von Guinea.

Kulturpolitische Komponente

Gute Afrikapolitik braucht verstärkt ideenreiche Kulturpolitik. In diesem Zusammenhang sei auf die Tätigkeitsfelder von "Goethe-Institut Inter Nationes" und den politischen Stiftungen hingewiesen. Insbesondere die Länderbüros der politischen Stiftungen haben jahrzehntelang Netzwerke zu den Trägergruppen der Zivilgesellschaft aufgebaut und sind „wie kaum eine andere Institution in der Lage [...], die Komplexität gesellschaftspolitischer Prozesse analytisch zu durch-

dringen und auf sie gestaltend Einfluß zu nehmen,“¹¹⁴ ohne sich in die inneren Angelegenheiten der Gastländer subversiv einzumischen. Die politischen Stiftungen leisten neben ihren Aufgaben in der klassischen Entwicklungspolitik auch nicht zu unterschätzende kulturpolitische Arbeit. In der Vermittlung des deutschen Verständnisses von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit können sie den von dem Öl- und Gasboom betroffenen Staaten bei ihren Herausforderungen helfen.

Nicht zuletzt könnten Programme des DAAD und der Alexander von Humboldt-Stiftung intensiviert werden. In Person der Studenten werden gerade die zukünftige Führungskräfte der Länder am Golf von Guinea in Deutschland (aus-)gebildet. Die Regierungsstipendiatenprogramme der Carl-Duisberg-Gesellschaft, nun mit der Deutschen Stiftung für internationale Entwicklung (DSE) unter dem Namen InWent firmierend, sollten aus Sicht der deutschen Wirtschaft fortgeführt und ausgeweitet werden. Nach der Vermittlung von Sprache und Kultur und Arbeits Erfahrung in der deutschen Privatwirtschaft gehen die Stipendiaten nach einem Jahr zurück in ihre Heimatländer. German-minded nehmen sie dort ihren Arbeitsplatz in Ministerien, Behörden und Verbänden wieder auf. Kaum eine Verwendung deutscher Steuer-gelder dürfte effektiver sein.

¹¹³ Nigeria lag nur vor Bangladesch.

¹¹⁴ Stefan *Mair*, Die Globalisierung privater Gewalt. Kriegsherren, Rebellen, Terroristen und organisierte Kriminalität, unveröffentlichte Studie, Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik, April 2002, S. 47.

Anhang

Zeitschriften, Jahrbücher und Zeitungen

African Energy. Monthly News & Analysis of Oil, Gas, Power, Policy & Finance
Afrika-Wirtschaft
BP Statistical Review of World Energy
BP Review of World Gas
Economist Intelligence Unit (EIU)
Energy Compass
Energy Economist
The Energy Journal (EJ)
Energy Policy
Financial Times (FT)
Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ)
IEA: Quarterly Oil Statistics and Energy Balances
IMF: International Financial Statistics
L'Intelligent, Jeune Afrique
International Gas Report (IGR)
International Petroleum Encyclopedia (IPE)
Internationale Politik (IP)
Journal of Energy and Development
Marchés Tropicaux et Méditerranéens
Nachrichten für den Außenhandel (NfA)
Neue Zürcher Zeitung (NZZ)
Oil Daily Energy Compass
Oil and Gas Journal
OPEC Annual Statistical Bulletin
OPEC Bulletin
OPEC Review
OPECNA News Service
Petroleum Economist (PE)
Petroleum Review
Petroleum Intelligence Weekly (PIW)
Shell World
UN: Energy Statistics Yearbook
Weekly Petroleum Argus (Argus)
World Bank, Africa Technical Unit, Petroleum Industry
Data Sheets: Sub-Saharan Africa
World Bank, Trends in Developing Economies
World Gas Report
World Gas Intelligence

Glossar

AEF	Afrique Equatoriale Française
APPA	African Petroleum Producers' Association
Barrel	158,984 Liter
b/d	Barrels per day, Faß pro Tag
Bbl	Barrel of 42 US gallons
BDI	Bundesverband der Deutschen Industrie
BMWA	Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit
BP	British Petroleum
DIHK	Deutscher Industrie- und Handelskammertag
DOD	Department of Defense (USA)
DOE	Department of Energy (USA)
DRK	Demokratische Republik Kongo
ECOWAS	Economic Community of West African States
EIU	Economist Intelligence Unit
EZ	Entwicklungszusammenarbeit
FATF	Financial Action Task Force on Money Laundering
FLEC	Frente de Libertação do Enclave Cabinda (Angola)
GTL	Gas-to-liquids
GUS	Gemeinschaft Unabhängiger Staaten
HdDW	Haus der Deutschen Wirtschaft, Berlin
IEA	International Energy Agency, Paris
LNG	Liquefied natural gas, verflüssigtes Erdgas
MPLA	Movimento Popular de Libertação de Angola
NePAD	New Partnership for Africa's Development
NNPC	Nigerian National Petroleum Corporation
NRO	Nicht-Regierungsorganisation
OECD	Organization for Economic Cooperation and Development, Paris
OEL	Oil exploration licence
OML	Oil mining licence
OPEC	Organisation of Petroleum Exporting Countries, Wien
OPL	Oil prospecting licence
PSC	Production sharing contract
SPDC	Shell Petroleum Development Company (Nigeria)
Tcf	Trillion cubic feet
UEMOA	Union économique et monétaire ouest-africaine
UNITA	União Nacional para a Independência Total de Angola
USA	United States of America
USAID	US Agency for International Development
VN	Vereinte Nationen
WAGP	West African Gas Pipeline

Bibliographie

- African Oil Policy Initiative Group** (Hg.), African Oil: A Priority for U.S. National Security and African Development, unveröffentlichtes Papier, Washington: The Institute for Advanced Strategic and Political Studies, Januar 2002
- Anderson**, Jon Lee, Our New Best Friend. Who Needs Saudi Arabia when you've got São Tomé?, in: The New Yorker, 7.10.2002, S. 75-83
- Auswärtiges Amt** (Hg.) Außenpolitische Strategie für Westafrika, Berlin, Mai 2002
- Auswärtiges Amt** (Hg.), Afrika südlich der Sahara – außenpolitische Strategien – Teil Zentralafrika, Berlin, September 2003
- Basedau**, Matthias, Erdölstaaten am Golf von Guinea – Wachstumsregion oder Krisenherd?, unveröffentlichtes Papier, Hamburg: Institut für Afrika-Kunde, Juni 2003.
- Basedau**, Matthias/**Mehler**, Andreas, Strategische Ressourcen in Subsahara-Afrika. Konfliktpotenziale oder Friedensgrundlagen?, in: Internationale Politik 58 (März 2003) 3, S. 39-46.
- Bellers**, Jürgen, Außenwirtschaftspolitik und politisches System Deutschlands 1918-1990, Siegen 1999
- BMWA** (Hg.) Reserven, Ressourcen und Verfügbarkeit von Energierohstoffen 2002, Dokumentation 519, Oktober 2002
- BP Statistical Review of World Energy June 2003, <<http://www.bp.com/centres/energy>> (eingesehen am 05.08.2003)
- Bundesagentur für Außenwirtschaft (bfa)** (Hg.), Wirtschaftstrends zum Jahreswechsel 2002/03 – Westafrika, S. 6.
- Campbell**, Colin J., The End of Cheap Oil, Genf 1998
- Chabal**, Patrick/**Daloz**, Jean-Pascal, Africa Works. Disorder as Political Instrument, Oxford 1999
- Cilliers**, Jakkie/**Dietrich**, Christian (Hg.), Angola's War Economy. The Role of Oil and Diamonds, Johannesburg: ISS, 2000
- Cleveland**, Cutler J./**Kaufmann**, Robert K., Oil Supply and Oil Politics: Déjà Vu all over again, in: Energy Policy 31 (2003), S. 485-489
- Collier**, Paul/**Hoeffler**, Anke, Greed and Grievance in Civil War, Washington: World Bank, 2001
- CWC Publishing Limited** (Hg.), Nigeria Oil and Gas. Plans, Projects and Investments, Africa Oil and Gas Bulletin (AOGB), London 2002
- De Oliveira**, Ricardo Soares, Angola, in: Jürgen **Bellers**/Thorsten **Benner**/Ines M. **Gerke** (Hg.), Handbuch der Außenpolitik. Von Afghanistan bis Zypern, München/Wien: Oldenbourg Verlag, 2001, (=Lehr- und Handbücher der Politikwissenschaft), S. 699-703
- Ellis**, Stephen, Briefing: West Africa and its Oil, in: African Affairs 102 (Januar 2003) 406, S. 135-138
- Energy Information Administration** (Hg.), International Energy Outlook 2003, (=Office of Integrated Analysis and Forecasting, U.S. Department of Energy), Washington: Government Printing Office, 2003.
- Engel**, Ulf *et al.*, Memorandum zur Neubegründung der deutschen Afrikapolitik. Frieden und Entwicklung durch strukturelle Stabilität, Berlin 2000
- Fonari**, Alexander, Politische Konditionalität im Rahmen der deutschen Entwicklungszusammenarbeit als Instrumentarium deutscher Außen- und Außenwirtschaftspolitik?, Univ.-Diss., Münster 1999
- Ford**, Neil Alexander, Oil & Gas in the Gulf of Guinea, Vol. 1 West Africa, London: CWC Publishing, 2002
- Ford**, Neil Alexander, Oil & Gas in the Gulf of Guinea, Vol. 2 Central Africa, London: CWC Publishing, 2002
- Frynas**, Jędrzej George/**Wood**, Geoffrey/**De Oliveira**, Ricardo Soares, Business and Politics in São Tomé e Príncipe: From Cocoa Monoculture to Petro-State, in: African Affairs 102 (2003), S. 51-80
- Gary**, Ian/**Karl**, Terry Lynn, Bottom of the Barrel, Africa's Oil Boom and the Poor, Catholic Relief Services, Juni 2003
- Global Challenges Network** (Hg.), Ölwechsel! Das Ende des Erdölzeitalters und die Weichenstellung für die Zukunft, München 2002
- Global Witness** (Hg.), A Crude Awakening: the Role of Oil and Banking Industries in Angola's Civil War and the Plunder of State Assets, London 1999
- Global Witness** (Hg.), All the President's Men: The Devastating Story of Oil and Banking in Angola's Privatised War, London 2002
- Graf**, William, The Nigerian State: Political Economy, State Class and Political System in the Post-Colonial Era, London: James Currey, 1988
- Hillebrand**, Ernst/**Maihold**, Günther, Von der Entwicklungspolitik zur globalen Strukturpolitik. Zur Notwendigkeit der Reform eines Politikfeldes, in: Internationale Politik und Gesellschaft 4 (1999), S. 339-351
- Hofmeier**, Rolf/**Mehler**, Andreas (Hg.), Afrika-Jahrbuch 2002, Opladen: Leske + Budrich, 2003.
- Ihonvbere**, Julius O./**Shaw**, Timothy M., Towards a Political Economy of Nigeria: Petroleum and Politics at the (Semi-)Periphery, Aldershot 1988
- International Energy Agency** (Hg.), World Energy Outlook 2002, Paris 2002.
- Jakobeit**, Cord, Gabun, in: Jürgen **Bellers**/Thorsten **Ben-**

- ner/Ines M. Gerke (Hg.), Handbuch der Außenpolitik. Von Afghanistan bis Zypern, München/Wien: Oldenbourg Verlag, 2001, (=Lehr- und Handbücher der Politikwissenschaft), S. 590-593
- Karl**, Terry Lynn, The Paradox of Plenty: Oil Booms and Petro-States, Berkeley: University of California Press 1997
- Khan**, Sarah Ahmad, Nigeria. The Political Economy of Oil, Oxford University Press, 1994 (Oxford Institute for Energy Studies, The Political Economy of Oil-Exporting Countries, 2)
- Koopmann**, Georg, German Foreign Economic Policy in the Age of Globalisation, HWWA-Diskussionspapier 56, Hamburg 1998
- Lounnas**, Rezki/**Brennand**, Garry, Oil Outlook to 2020, Wien: OPEC Review, Juni 2002
- Mair**, Stefan, Afrikas Entwicklungshemmnisse und die Rolle deutscher Afrikapolitik, Vortrag vor der Society for International Development (SID), Berlin Chapter, 31.10.2002
- Mair**, Stefan, Die Globalisierung privater Gewalt. Kriegsherren, Rebellen, Terroristen und organisierte Kriminalität, unveröffentlichte Studie, Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik, April 2002
- Mair**, Stefan, Staatszerfall und Interventionismus: Determinanten grenzüberschreitender politischer Neuordnung in Afrika, unveröffentlichte Studie, Ebenhausen/Isartal: Stiftung Wissenschaft und Politik, Dezember 1999
- Malaquias**, Assis, Angola: The Foreign Policy of a Decaying State, in: Stephen **Wright** (Hg.), African Foreign Policies, Boulder: Westview Press, 1999
- Meadows**, Dennis *et al.*, Die Grenzen des Wachstums, Bericht des Club of Rome zur Lage der Menschheit, Stuttgart 1972
- Müller**, Friedemann, Gas für uns alle, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ), 22.08.2003, S. 6
- Müller**, Friedemann, Versorgungssicherheit. Die Risiken der internationalen Energieversorgung, in: Internationale Politik 58 (März 2003) 3, S. 3-10
- Neumann**, Lutz, Erdölboom am Golf von Guinea. Die USA investieren – Deutschland steht abseits, in: Neue Zürcher Zeitung (NZZ), 18.02.2003, S. 13
- Neumann**, Lutz, Golf von Guinea vor strategischer Neubewertung. USA intensivieren Bemühen um afrikanischen Ölmarkt – Deutsches Afrika-Geschäft steigt, in: Afrika-Wirtschaft 12 (Dezember 2002), S. 40-44
- Neumann**, Lutz, Kongo (Brazzaville), in: Jürgen **Bellers**/Thorsten **Benner**/Ines M. **Gerke** (Hg.), Handbuch der Außenpolitik. Von Afghanistan bis Zypern, München/Wien: Oldenbourg Verlag, 2001, (=Lehr- und Handbücher der Politikwissenschaft), S. 599-605
- O'Brien**, Kevin A., Private Military Companies and African Security 1990-98, in: Abdel-Fatau **Musah**/J. 'Kayode **Fayemi** (Hg.), Mercenaries. An African Security Dilemma, London: Pluto Press, 2000, S. 43-75
- Office of Vice President Richard Cheney** (Hg.), National Energy Policy Report, Washington: Government Printing Office (GPO), Mai 2001
- Ogunbadejo**, Oye, The International Politics of Africa's Strategic Minerals, Westport: Greenwood Press, 1985
- Osaghae**, Eghosa E., The Ogoni Uprising: Oil Politics, Minority Agitation and the Future of the Nigerian State, in: African Affairs 94 (1995), S. 325-344
- Prendergast**, John, Frontline Diplomacy: Humanitarian Aid and Conflict in Africa, London: Lynne Rienner Publishers, 1996
- Reno**, William, Warlord Politics and African States, London: Lynne Rienner Publishers, 1998
- Ross**, Michael, Does Oil Hinder Democracy?, in: World Politics 53 (April 2001), S. 325-361
- Schutz**, Barry/**Wihbey**, Paul Michael (Hg.), African Oil: A Priority for U.S. National Security and African Development, unveröffentlichtes Transkript eines Symposiums vom 25. Januar 2002, Washington: The Institute for Advanced Strategic and Political Studies, Research Papers in Strategy 14, Mai 2002
- Sigam**, Claudine, Sub-Saharan Africa's Oil Sector. Situation, Developments and Prospects, unveröffentlichte Studie für UNCTAD, März 1997
- Servant**, Jean-Christophe, Une priorité géostratégique. Offensive sur l'or noir africain, in: Le Monde Diplomatique (Januar 2003), S. 19-20
- Talbot**, Strobe, The Crisis in Africa. Local War and Regional Peace, in: World Policy Journal, 17 (2000) 2, S. 21-25
- The White House** (Hg.), The National Security Strategy of the United States of America, Washington: Government Printing Office (GPO), September 2002
- Utley**, Rachel, 'Not to do less but do better': French Military Policy in Africa, in: International Affairs 1 (2002), S. 129-146
- Wright**, Stephen (Hg.) African Foreign Policies, Boulder: Westview Press, 1999.
- Wright**, Stephen/**Okolo**, Julius Emeka, Nigeria: Aspirations of Regional Power, in: Stephen **Wright** (Hg.) African Foreign Policies, Boulder: Westview Press, 1999, S. 118-132.
- Yates**, Douglas A., Die Elf-Skandale: Eine Fallstudie von Elementen französischer Außenpolitik unter dem Ancien Regime, in: Rolf **Hofmeier**/Cord **Jakobeit** (Hg.): Afrika-Jahrbuch 1999, Opladen: Leske + Budrich, 2000,

S. 73-84

Yates, Douglas A. ,The Rentier State in Africa: Oil-Rent
Dependency and Neocolonialism in the Republic of
Gabon, Trenton 1996